Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeder Werktag nachmittag außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.50 Mark, durch die Post bezogen 2.00 Mark ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg e.G.m.b.H. Halle, Lerchenfeldstraße 14

Anzeigenpreis: 15 Goldpfennig p. q. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig p. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kreb, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | **Halle, Donnerstag, den 3. Dezember 1925** | **5. Jahrgang • Nr. 270**

Am Freitag Scheinrücktritt Luthers

In der Dunkelkammer der Regierungsmacher

Die bisherigen Verhandlungen über die Große Koalition an der Haltung der Deutschen Volkspartei gescheitert

(Eig. Drahtm.). Berlin, 3. Dezember.

Die Regierung erklärt, am Freitag zurückzutreten. Die bisherigen Verhandlungen über die Große Koalition scheiterten am Widerstand der Deutschen Volkspartei, jedoch arbeiten Zentrum und Demokraten weiter in dieser Richtung.

*

Die Verhandlungen über die Regierung nach dem Scheinrücktritt Luthers sind natürlich längst in vollem Gange. Hinter den Kulissen wird geschoben, geschoben und geschoben. Aber diese routinierten Regierungsmacher verstehen es, mit ihren Plänchen möglichst hinter dem Berge zu halten. Wenn jetzt bekannt wird, daß die Deutsche Volkspartei nicht geneigt sei, in eine Große Koalition zu treten, so bedeutet das, daß der Vergleich zwischen der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokratie noch nicht zustande gekommen ist. **Bis heute haben es die SPD.-Instanzen noch nicht für nötig befunden, über die Frage der Großen Koalition auch nur ein Sterbenswörtlein in ihrer Presse zu sagen.** Nur Warnungen gegen die Große Koalition sind in der Presse der linken Sozialdemokratie erschienen. Wann wird endlich die SPD. aus ihrem feigen Verheimlichen heraustreten und Rechenschaft ablegen über ihre Kuhhandeleien mit der Deutschen Volkspartei? **Die gesamte Arbeiterschaft wartet auf Antwort.**

Ein sozialdemokratischer „Erfolg"

Die Deutschnationalen stoßen wieder zur Futterkrippe vor

Der offizielle Widerstand der Deutschnationalen gegen den Locarno-Pakt, den ihre eigenen Minister mit Zustimmung der Partei vorbereitet hatten, bot eine selten günstige Gelegenheit zum **Sturz der Luther-Regierung**, zur Auflösung des Reichstages und zur Herbeiführung von Neuwahlen, die den Einfluß der **Rechten zurückgedämmt**, den der **Arbeiterparteien gestärkt hätten.** Die Sozialdemokratie betonte dies selber unaufhörlich und versprach deshalb den Sturz der Luther-Regierung und die Auflösung des Reichstages.

Nunmehr ist durch die Taktik der SPD. die **Luther-Regierung gerettet worden.** Schon bereiten sich die Deutschnationalen zur Rückkehr in die Regierung vor. Die **„Deutsche Tageszeitung"** schreibt:

„Aber wie dem auch sei, Locarno ist unterschrieben, wenn auch bis zum Völkerbundseintritt Deutschlands noch nicht in Kraft. Mit dieser außenpolitischen Tatsache von großer Tragweite haben wir zu rechnen, einerlei, wie man zum Vertrag selbst steht. Soweit nicht Angriffe der Gegenseite dazu zwingen, und soweit es nicht Pflicht ist, an die Versprechungen der Vergangenheit zu erinnern, um aus den Erfahrungen zu lernen, **wird es sich empfehlen, unfruchtbaren Streit innerhalb des deutschen Volkes jetzt möglichst zu vermeiden** (!) . . . Eine Hauptaufgabe der Zukunft auf außenpolitischem Gebiet ist es, diejenigen Schichten und politischen Kreise im deutschen Volk, deren geistige Einstellung sie für eine entschieden nationale Politik zugänglich macht, **über die Parteien hinweg zu sammeln**, auf einfachen, klaren, nationalen Linien **ein gemeinsames Ziel** rechtzeitig festzusetzen und die aus solcher Willenskonzentration erwachsene Kraft politisch nutzbar zu machen, **um die Gefahren des Locarno-Paktes zu mildern** (!), alle Möglichkeiten **auszunutzen** (!) und damit trotz allem die Durchführung einer wahren deutschen Befreiungspolitik (!) anzubahnen."

SPD.-Opposition gegen Große Koalition

(Eig. Drahtm.) Arnstadt, 3. Dezember.

Eine Unterbezirkskonferenz der SPD. in Arnstadt in Thüringen nahm nach einem Referat des **Reichstagsabgeordneten Dr. Rosenfeld**, der gegen den Standpunkt der Mehrheit der SPD.-Reichstagsfraktion polemisierte, folgende Entschließung an: **Die Konferenz verlangt, jetzt nicht in eine Regierung der Großen Koalition einzutreten. Eine solche Regierungsbildung würde der Partei schwersten Schaden zufügen.**

*

Die Formulierung dieser Opposition ist denkbar schwach. Was heißt es, „jetzt nicht in eine Große Koalition einzutreten?" Das kann doch nichts anderes bedeuten, als daß man bei gegebener **Zeit doch für eine Große Koalition eintritt.** Die nötigen Motivierungen wird der Parteivorstand immer finden. Den geriebenen politischen Demagogen, die gern eine linke Sprache führen, muß die Arbeiterschaft besonders scharf auf die Finger sehen. Die Gesamtarbeiterschaft hat genügend Erfahrungen mit der Großen Koalition gemacht, als daß sie auch nur **in irgendeiner Form noch einmal Lust hätte, diese Erfahrungen in verstärkter Auflage bestätigt zu sehen.**

Wetterwolken

Dawes-Locarno-Betriebsstillegungen — Unternehmeroffensive

Die von der weißen Ebert-Seeckt-Diktatur eingeleitete „Stabilisierung" entlarvt sich von Vierteljahr zu Vierteljahr immer deutlicher als die **Stabilisierung des Lohnelends**, der **Arbeitslosigkeit**, der **Antreiberei** — als die Schein-Stabilisierung des Kapitalismus aus dem Schweiße und dem Mark des Proletariats.

Die Bourgeoisie **nutzt** die Macht, die ihr die Sozialdemokratie in die Hände spielte. Die Bourgeoisie nutzt die Ohnmacht, in die die **Sozialdemokratie das Proletariat brachte**, indem sie es mit allen Mitteln vom Wege des Klassenkampfes abdrängte und damit die revolutionäre Vorhut von den breiten Massen abtrennte.

Beim Dawes-Abkommen, das in diesem Jahre bereits eine gewaltige Krisenwelle erzeugte, erklärten SPD. und ADGB., um ihre bürgerliche Politik vor den Massen zu verantworten und zu beschönigen, sich **„für eine gerechte Verteilung der Lasten"**.

Der Luther-Block hat dann diese „gerechte Verteilung" vorgenommen, die jeder an seinem Lohnbeutel, an seiner Arbeitszeit, seinen Arbeitsbedingungen, seiner Erwerbslosenunterstützung und den Preisen nachrechnen kann.

Jetzt folgt **die SPD. den Luther-Leuten auf den Weg des „Friedens"**. Sie leugnet die Grundlehren von Marx, Engels, Liebknecht, Bebel und will auf einmal den Massen weismachen, daß der **imperialistische Kapitalismus „friedlich" geworden ist**, also sein Wesen geändert hat!

Und auch hier wieder sucht die SPD. ihre antiproletarische Stellungnahme zu verbrämen, indem sie sagt, daß „der Sozialismus dem Vertrag von Locarno den Geist des Friedens und der Versöhnung aufprägen" müsse.

Der Sozialismus könnte das wirklich, indem er die Ausbeuterherrschaft in den Staaten stürzt und aus dem Genfer Bund der Regierungen **der Ausbeuterklasse einen wirklichen Völkerbund** machte!

Aber die SPD. meint etwas anderes. Weil sie jede selbständige Klassenpolitik des Proletariats aufgab und ihre Partei zu einem Instrument der bürgerlichen Politik machte, will sie den Arbeitern mit dieser sozialistischen Verbrämung wenigstens den Schein einer selbständigen Klassenpolitik vormachen. Sie muß das tun, weil das proletarische Klassenbewußtsein (und damit die Rückkehr zum Klassenkampf) nicht **auf die Dauer unterdrückt werden kann.** Die **sozialen Gegensätze schaffen im Klassenstaat immer von neuem die objektiven**, die Kommunisten die **subjektiven Voraussetzungen zur Ueberwindung der Ausbeutung auf dem Wege des revolutionären Klassenkampfes.**

Diesen objektiven und subjektiven Wirkungen muß die SPD. entgegenarbeiten, weil sie sonst ihre Existenzberechtigung verliert und sie muß gleichzeitig dieses Entgegenarbeiten vor den Massen vertuschen, weil sie sonst die Massen verliert.

Darauf beruht die **Zwiespältigkeit** zwischen **Worten** und **Taten** der sozialdemokratischen Führung.

Inzwischen zeigt die reale Entwicklung die Richtigkeit des Urteils der Kommunisten über die Dawes- und Locarno-Politik.

Zu Zehntausenden fliegen die Kollegen aufs Pflaster. Die Führer der Ausbeuterorganisationen beginnen erneut in geschlossener Front die **Offensive gegen Lohn und Arbeitszeit.**

Die **„Preisabbau"-Aktion** hat nicht genug die Löhne abgebaut. Die Schaffung eines **riesigen Erwerbslosenheeres** soll ähnlich wie im Herbst 1923 die **Vorbedingungen für den Erfolg der Ausbeuteroffensive schaffen.** Die Betriebsstillegungen sind die artilleristischen Vorbereitungen der Ausbeuter.

Während die **Unternehmer** die Front immer enger **schließen**, versuchen die **ADGB.-Führer**, die **Arbeiter weiter auseinanderzuschlagen.** Ihre Untätigkeit, ihre Sabotage nicht nur des Kampfes, sondern auch der Voraussetzungen des Kampfes tragen gewaltig **zur Passivität**, Mutlosigkeit und Schwäche **der Klasse** bei.

Mit zynischer Offenheit erklärte der berüchtigte Generaldirektor **Vogler** in der Hauptversammlung des Eisenhütten-Vereins: So lange die **Löhne, Gehälter und sozialen Lasten** (Kranken-, Unfall-, Erwerbslosen- und Altersversicherungen!) **nicht nennenswert abgebaut werden**, solange sei an **Preissenkungen** und Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt nicht zu denken."

Die **Mannesmann-Werke kündigte** den gesamten Beamten und 600 Arbeiter — angeblich wegen Auftragsmangels. Gleichzeitig erklärte die Verwaltung aber den Beamten, daß sie **neue Anstellungsverträge mit ihnen abschließen werde, falls sie mit noch geringeren Gehältern zufrieden sein würden.**

Verschiedene Großbetriebe im Westen lassen bereits jetzt die Katze aus dem Sack, indem sie den gekündigten Arbeitern **Weiterbeschäftigung versprechen**, wenn sie den **10-Stundentag und 9prozentige Lohnkürzung schlucken.** Die vorhandene Krise wird zu einem großzügigen **Erpressungsfeldzug** der Unternehmer ausgebaut. Die Amerikaner haben den Locarno-Pakt von ihnen erpreßt durch **Androhung der Kreditsperre.** Die Kredite bedeuten neue, gewaltige **Zinslasten** an das Auslandkapital. Aber die westlichen Imperialisten sind seit dem Dawespakt und besonders seit Locarno ganz und gar damit einverstanden, daß die **deutschen Ausbeuter alle diese Lasten nicht selber tragen, sondern aus dem Proletariat herauspressen.** Sie werden dazu auch noch bei der Schupotrage ein Auge zudrücken, genau so, wie sie bei der **schwarzen Reichswehr schon ein**

Bettelpfennige für Erwerbslose — Millionen für Exfürsten

Der Erwerbslosen-Antrag der KPD. abgelehnt

Die Beratung der Kurzarbeiter-Unterstützung einem neuen Ausschuß überwiesen

In der gestrigen Sitzung des **Sozialpolitischen Ausschusses** standen zur Abstimmung vier Anträge für die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung. Die Kommunisten haben 100 Prozent, die Sozialdemokraten 50 Prozent beantragt. Außerdem standen zur Abstimmung zwei Anträge der bürgerlichen Parteien, und zwar auf 33⅓ Prozent und 30 Prozent. **Gegen den kommunistischen Antrag stimmten alle Parteien, auch die Sozialdemokraten.** Für den sozialdemokratischen Antrag stimmten außer der SPD. die KPD. und Völkischen. Nachdem diese beiden Anträge abgelehnt waren, wurde auch der Antrag, der 33⅓ Prozent verlangt, mit 12 gegen 12 Stimmen abgelehnt. **Der Antrag, der 30 Prozent verlangt, wurde mit Mehrheit angenommen.** Die Kommunisten enthielten sich der Stimme und behielten sich ihre Stellungnahme vor, weil der Antrag nur die Erhöhung der Hauptunterstützungsempfänger vorsieht und Familienmitglieder usw. unberücksichtigt läßt.

Interessant war die Stellungnahme der Regierungsvertreter zur **Kurzarbeiterunterstützung.** Sowohl die Vertreter des Finanzministeriums als auch die des Reichsarbeitsministeriums waren der Meinung, daß augenblicklich eine „Vereinigungskrise" herrsche. Diese „Vereinigungskrise" dürfe man nicht stören. Dadurch, daß man Kurzarbeiterunterstützung gewähre, verleite man die Unternehmer, ihre Betriebe, die vielleicht nicht gesund seien, weiter aufrechtzuerhalten. Außerdem sei die Regierung nicht kompetent, solch tiefgehende, wichtige Beschlüsse zu fassen, und außerdem könnten die Arbeiter die Wohlfahrtspflege in Anspruch nehmen.

Genosse **Neddermeyer** bestritt die Richtigkeit der Regierungsargumente. Er wies darauf hin, daß Wohlfahrtspflege Bettelei sei und daß man durch Kurzarbeiterunterstützung ein Recht für die Arbeiter schaffen wolle. Nicht stichhaltig sei die Argumentation der Regierung, daß sie nicht kompetent sei, denn wenn die Arbeiter, erbittert durch die Ablehnung der Kurzarbeiterunterstützung, gegen ihre Quäler und Ausbeuter vorgehen, dann ist **die Regierung mit einemmal sehr kompetent** und würde Anordnungen treffen, die viel einschneidendere Wirkung hätten als die Gewährung von Unterstützung. **Es wirke direkt aufreizend in dieser Zeit, wo die Fürsten mit einer Unverfrorenheit, die ihresgleichen sucht, den deutschen Werktätigen das Fell über die Ohren ziehen**, der Staat nichts tut für die ärmsten der Armen.

Schließlich wurde die Frage der Kurzarbeiterunterstützung dadurch verschleppt, daß sie einem **Unterausschuß** überwiesen wurde. Die Kommunisten protestierten in einer Erklärung gegen diese Verschleppung. **Alle anderen Parteien stimmten für die Einsetzung** eines Unterausschusses und damit für die Verschleppung.

Zum Abfindungsskandal der Exfürsten

Der „Vorwärts" wagt eine Kritik gegen seine preußischen Regierungsgenossen

Zur Abfindung der Hohenzollern schreibt gestern der „Vorwärts", indem er die preußische Regierung angreift: „Die preußische Regierung hat sich darauf beschränkt, der Entwicklung der Dinge im Reichstag zuzusehen. Das Schicksal des sozialdemokratischen Antrags auf reichsgesetzliche Regelung der Abfindung, der vor Jahren gestellt wurde, hat sie veranlaßt, **die Hände mehr oder minder in der Schoß zu legen. Es ist aber mindestens nicht ausgeschlossen, daß eine energische Gegenwehr der preußischen Regierung bei der Reichsregierung und schließlich auch im Reichstag nicht doch ein Echo gefunden hätte.**" Der „Vorwärts" gibt also damit zu, daß seine eigenen, in der **Regierung sitzenden Parteigenossen** die Monarchisten hätten zurückdrängen können, **wenn sie den nötigen Mut dazu aufgebracht hätten.** Man soll sich dieses Eingeständnis merken!

Siehe Seite 3 (Rede des Genossen Neubauer im Reichstag).

Was kann man mit 500 Fürsten-Millionen machen?

1. Man kann 653 595 hundertprozentigen Kriegsbeschädigten die Rente ein Jahr lang verdoppeln!

2. Man kann 1 201 923 Arbeitslosen den gegenwärtigen Unterstützungssatz ein Jahr lang auszahlen — oder ein Jahr lang die gegenwärtigen Sätze verdoppeln!

3. Man kann 219 299 Invalidenrentnern ihre Rente ein Jahr lang verdoppeln!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251203-14/fragment/page=0001

Auge zugedrückt haben, weil es ja auch ihre Kredite sind, die von einer Befreiung des deutschen Proletariats bedroht werden.

Gerade das Versagen der ADGB.-Führer macht allen klassenbewußten Arbeitern zur eisernen Pflicht, mit **verdoppelter Kraft die Einheitsfront zur Gegenwehr zu rüsten.**

Wir Kommunisten haben mit der Parole: **internationale und nationale Einheit, hundertprozentige Organisierung der Arbeiter der Betriebe, Wiederherstellung der Zehnmillionenmacht des ADGB. und Einsatz dieser Macht auf dem Boden des rücksichtslosen Klassenkampfes** — wahrhaft keine Parteiagitation treiben wollen! Wir haben **vorausgesehen,** was jetzt kommt — und jeder Arbeiter, ob Christ oder Sozialdemokrat, Hirsch oder Kommunist, weiß, daß nur die **geschlossene Front,** der geschlossene Abwehrkampf **zum Erfolg führen kann.** Jetzt gehen die Unternehmer schon vor und wollen ein **Riesenheer** von Erwerbslosen so aushungern, daß es den kämpfenden Kollegen, aus Angst um die Verkommenden und Frauen — in den Rücken fällt und damit den Sieg der Ausbeuter ermöglicht.

Deswegen müssen wir alle, Mann für Mann, uns mit ganzer Macht **gegen die Trennung der Erwerbslosen von den arbeitenden Kollegen wenden,** deswegen muß jeder klassenbewußte Arbeiter **sofort in die Gewerkschaften** geholt werden, damit die Masse zu einem festen Abwehrblock geschmiedet und den gefährlichen Kuhhandeleien der reformistischen Bureaukratie ein Ende gemacht werden kann.

Es geht um Arbeit und Brot — nicht für uns **Kommunisten allein,** sondern für **alle Arbeiter, Angestellte und Beamte.** Deshalb muß jeder Kommunist jetzt seinen Mann stehen an der Stelle, wo das Proletariat bedroht ist — also in der Gewerkschaftsarbeit.

Der Preußische Landtag amnestiert Barmat und seine Hintermänner

Im Preußischen Landtag standen heute die Anträge und Feststellungen des Barmat-Untersuchungsausschusses zur Abstimmung. Vorher verlangte Genosse **Bartels** vom Staatsministerium Auskunft, ob die Pressemeldung stimme, wonach erst Anfang **Januar nächsten Jahres** eine „Entscheidung" darüber getroffen werde, ob der Prozeß gegen Barmat und Konsorten durchgeführt werde **oder nicht.** Weiter verlangt unser Redner Auskunft darüber, wie es komme, daß sich die Gebrüder Barmat, gegen die ursprünglich ein Haftbefehl erlassen war, **ins Ausland begeben konnten.** Damit sei die **Möglichkeit** begünstigt worden, daß die Gebrüder Barmat **Vermögenswerte,** die **dem Staat** eigentlich **verfallen** sein müßten, in Sicherheit hätten bringen können. (Lärm und Widerspruch bei den Sozialdemokraten und beim Zentrum.) Genosse Bartels erinnert an die Erklärungen des **Vertreters des Justizministeriums** im Barmat-Ausschuß, der auf das bestimmteste zugesagt habe, daß der **Prozeß gegen Barmat nicht eingestellt, sondern durchgeführt werde.** Das Staatsministerium solle Auskunft geben, aus welchen Gründen heraus die preußischen Justizbehörden glaubten, auf die Strafverfolgung gegen Leute verzichten zu können, die unter **Zuhilfenahme von politischen Persönlichkeiten** den preußischen Staat um rund **30 Millionen Mark** betrogen hatten. Darum ist die Anfrage, die zunächst auf **Kreditbetrug, Beamtenbestechung und betrügerischen Bankrott** gelautet habe, fallen gelassen worden?

Die Mehrheit des Hauses beantwortet diese Fragen, die der Präsident abzuschneiden versucht, mit Lärm. Das Zentrum erhebt **Widerspruch** gegen die Behandlung der angeschnittenen Frage und gibt damit zu erkennen, daß die **Zentrumsführer** genau so wie die **verschiedenen sozialdemokratischen Parlamentarier in der Barmat-Affäre belastet sind.**

Die kommunistischen Feststellungen und Anträge werden durchweg von einer deutschnationalen und sozialdemokratischen Mehrheit **niedergestimmt.** Einträchtig lehnte diese Koalition es ab, einen Antrag anzunehmen, der verlangt, den Strafprozeß gegen Barmat und Kutisker nicht einzustellen, sondern beschleunigt durchzuführen. Ebenso wurde von derselben Mehrheit unser Antrag abgelehnt, das Strafverfahren auf die **Abgeordneten Heilmann** (SPD.) und **v. Richter** (Deutsche Volkspartei) auszudehnen und die Beamten der Seehandlung zur Verantwortung und Schadenersatzleistung heranzuziehen.

Der kommunistisch Antrag auf Vorlegung eines Gesetzentwurfes, der den Abgeordneten verbietet, Aufsichtsratsposten in **privatkapitalistischen Gesellschaften zu bekleiden, wurde von der gesamten Einheitsfront, von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten, gegen die Antragsteller niedergestimmt.**

Infolgedessen gab unsere Fraktion eine Erklärung zu Protokoll, daß sie den Abänderungsantrag der **Deutschnationalen** im Falle Heilmann, wonach dieser „die ihm als Parlamentarier gezogenen Grenzen überschritten habe", als eine Farce betrachtet, dazu bestimmt, den kapitalistischen Korruptionssumpf **im Ganzen** zu beschönigen. Ueber den deutschnationalen Antrag fand Abstimmung statt. Bei 33 Enthaltungen der Kommunisten stimmten 205 mit „Nein" und 158 mit „Ja". Die übrigen Abstimmungen ergaben das bekannte Bild, daß nämlich **alle Parteien,** außer den Kommunisten, **kein Interesse daran hatten,** die wahren Hintergründe der Barmat- und Kutisker-Affäre aufzuklären, noch für eine **Entschädigung des um 30 Millionen Mark geprellten Staates durch Beschlagnahme des gesamten Privateigentum der überführten Schuldigen herbeizuführen.**

Ein Bureau-Mitglied der 2. Internationale über Moskau

R. C. Wallhead, der **Kassierer der 2. Internationale,** der mit der englischen Parlamentarier-Delegation Rußland bereist hat, stellt in einem Artikel über seine Erfahrungen in Rußland in einer der letzten Nummern von „Lansburys Labour Weekly" folgendes fest:

„Die russische Revolution des Jahres 1917 bleibt nach wie vor das größte und wichtigste Ereignis, das aus dem Weltkrieg des Jahres 1914 hervorging. Sie hat alle die Prophezeiungen, die über sie gemacht wurden, die, Kapitalisten wie Sozialisten, in ihr etwas besonders Hassenswertes sehen, völlig widerlegt."

Ueber das jetzige Werk des Aufbaues in der Sowjetunion schreibt Wallhead:

„Ich war bei der Wiederinbetriebsetzung eines großen Metallwerkes in einem Orte namens **Ratschenko** im Donbecken anwesend. Jetzt ist es unter der Leitung eines Mannes, der vor ein oder zwei Jahren noch **ein gewöhnlicher Arbeiter war, völlig reorganisiert worden. Das gleiche gibt es überall.** Aus den Reihen der Arbeiter erhebt die Leitungsfähigkeit zur Organisierung und Kontrolle dieser großen Werke. **Die russischen Arbeiter beweisen, daß der arrogante Anspruch des Mittelstandes auf ein Monopol von Leistungsfähigkeiten völlig falsch ist."**

Die Tatsache, daß obige Worte, die wir um viele vermehren könnten, von einem **Mitgliede des Ausschusses der Sozialistischen Arbeiter-Internationale** geschrieben werden, beweist, daß die Wahrheit über die Sowjetunion ihren Weg in die **innersten offiziellen Kreise der 2. Internationale findet und sich selbst dort Anerkennung erzwingt.** Dies beweist, daß die sozialdemokratischen Führer, die noch immer die Arbeiter über die wahre Lage der Dinge in der Sowjetunion belügen, **einen ausichtslosen Kampf kämpfen.**

Ein skandalöses Urteil

(Eig. Drahtm.) **Leipzig,** 3. Dezember.

Der süddeutsche Senat des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik verurteilte den verantwortlichen Redakteur der **„Süddeutschen Arbeiter-Zeitung" in Stuttgart,** den Genossen **Otto Lämmle, zu neun Monaten Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe** unter Anrechnung von **einem** Monat Untersuchungshaft wegen **Abdrucks eines in der gesamten kommunistischen Presse erschienenen Artikels von Ernst Thälmann über die Lehren des Hamburger Aufstandes.**

Der „Vorwärts" wettert gegen die Koalitionspolitik,

aber nicht gegen die eigne, sondern gegen die der tschechischen Sozialdemokraten

In der Sonnabendnummer vom 29. November lesen wir im „Vorwärts" nachträglich einen Leitartikel zu den tschechischen Wahlen, der die Ueberschrift trägt: **„Die Lehren einer Wahl".** Wir wollen die wichtigsten Gesichtspunkte aus ihm wiedergeben und sie mit eigenen Ueberschriften versehen.

Die tschechischen Sozialdemokraten als Zutreiber der Völkischen.

Nachdem der „Vorwärts"-Artikel betrübt die große Niederlage der tschechischen Bruderpartei zugegeben und die Gründe hierzu aufgezeigt hat, heißt es wörtlich:

„Die deutsche Sozialdemokratie hat die Politik der tschechischen Genossen mitgemacht. **Weitgehende Tschechisierung, Verdrängung Zehntausender deutscher Beamter und Arbeiter von ihren Arbeitsplatz, Sperrung von fast 4000 deutschen Schulklassen unter Regierungen, in denen tschechische Sozialdemokraten saßen** — daß hat viele deutsche Arbeiter in das Lager der Nationalisten und der sich sehr national gebärdenden Christlichsozialen getrieben. Die Partei der „Tschechischen Sozialisten", der auch der Außenminister **Dr. Benesch** angehört, hat sich in ihrem Wahlaufrufe mit ihren **Tschechisierungserfolgen gebrüstet.** Sie **rühmte** sich dessen, daß es ihr gelungen sei, besonders im Eisenbahnwesen den **deutschen Einfluß zu verdrängen,** 10 000 tschechische Beamte und Arbeiter im deutschen Sprachgebiet anzustellen und für sie Wohnungen zu bauen. Und diese Politik wird eifrig **fortgesetzt.** Eben jetzt wird bekannt, daß im Eisenbahndirektionsbezirk Olmütz wieder 1600 Angestellte abgebaut werden sollen — unter ihnen 1300 Deutsche! **Jeder dieser Abgebauten wird zum Agitator für die nationalistischen Parteien.** Der Nationalismus kann ihnen freilich nicht helfen, aber es gewährt ihnen gewissermaßen seelische Befriedigung, sich für ihr Unglück zu rächen."

Wir beschwören Euch, laßt ab von der Koalitionspolitik.

Der Artikel des „Vorwärts" fährt weiter fort:

„Die Wahlen haben gezeigt, daß die **Mehrheit der Wähler koalitionsfeindlich,** Gegnerin dieser Koalition ist. 3 185 000 Wähler haben für die Koalition gestimmt, 3 474 139 gegen sie. Aber die Koalition wird doch eine Mehrheit haben! Sie bekommt ungefähr **zehn Mandate durch die Zuteilung der Stimmen der durchgefallenen Oppositionsparteien an die großen Parteien.** Zehn Mandate aus **geraubten Stimmen!** Die Koalition hat gewußt, warum sie in letzter Stunde das Wahlgesetz **„reformierte"!** Und weil das noch nicht langt, so wird man die bisher oppositionelle tschechische Gewerbepartei in die Koalition mit einbeziehen. Denn die allnationale Koalition muß dem Staate erhalten werden. **Und die tschechischen Sozialdemokraten werden, wie ein Beschluß ihrer Parteiexekutive zeigt,** wieder mit dabei sein.

Aber wenn sie wieder, um des tschechischen Charakters des Staates willen, in die Koalition gehen, in eine Koalition, in der sie mit ihren 29 Mandaten **fast einflußlos** sein werden, in der die Macht der Agrarier und der Klerikalen sie erdrücken wird, dann **gefährden sie damit die nächste Zukunft des demokratischen Sozialismus in der Tschechoslowakei.** Daß sie von 1 600 000 Stimmen, die sie 1920 bekamen, **rund eine Million Stimmen verloren haben, zum großen Teile an die Kommunisten,** die nichts auf den tschechischen Charakter des Staates geben, die nicht auf seiner Integrität beharren, **sondern das Recht der Selbstbestimmung der Minderheitsvölker bis zur Loslösung propagieren** — das muß ihnen doch sagen, daß die **Mehrheit des tschechischen Proletariats von ihrer bisherigen Koalitionspolitik nichts wissen will.**

Die tschechischen Sozialdemokraten werden vermutlich für diese Feststellungen und Warnungen ihrer deutschen Genossen nicht viel Beachtung übrig haben. Sie sind immer noch des Glaubens, im Interesse der tschechischen Arbeiter und des Sozialismus zu handeln. Sie werden also wieder an einer allnationalen Koalition teilnehmen. Aber es soll schon jetzt vor der sozialistischen Welt auf die ungeheure Verantwortung verwiesen werden, die sie damit auf sich laden. Verantwortlich sind sie nicht allein für das Geschick ihrer Partei. **In ihren Händen liegt auch die Verantwortung für das Geschick der anderen sozialistischen Parteien in diesem Staate, für das Schicksal des Sozialismus in der Tschechoslowakei."**

Dies steht zu lesen im „Vorwärts" vom 28. November. Zu einer Zeit, wo das Zentralorgan der SPD., zusammen mit den obersten Instanzen der Partei krampfhaft bemüht ist, den Dreh herauszufinden, wie man die Große Koalition den eigenen Parteigenossen schmackhaft machen kann. Wahrhaftig, wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen und die Antwort, die das tschechische Organ der SPTsch. dem „Vorwärts" geben wird, wird auch nicht von Pappe sein. Das Schauspiel, das die beiden sozialdemokratischen Parteien in der Tschechoslowakei aufführen, ist erschütternd. Beide Parteien, **geeint in der II. Internationale,** bekämpfen sich **aufs Blut — weil die eine aus Tschechen, die andere aus Deutschen besteht. Der habgierigste Nationalismus zerfleischt die beiden Stadthalter des „Völkerbefreienden Sozialismus".** Der „Vorwärts" kommt bei seiner Betrachtung unfreiwillig zu einer — man möchte fast sagen — **Glorifizierung der KPTsch.,** die eine große geeinte Partei hat, der alle Nationalitäten gleichberechtigt angehören. Wenn der „Vorwärts" am Schluß seines Artikels meint, die Verantwortung für das Geschick des Sozialismus liege in der Hand der tschechischen Sozialdemokraten, so können sie ihm verraten, daß das Schicksal hierfür **in der Hand der KPTsch. liegt.** Die Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei — beide Richtungen haben mit Sozialismus nichts zu tun. Sie teilen diese negative Eigenschaft übrigens mit dem „Vorwärts" und seinen Trabanten.

Badische Regierungswahl und Kommunisten

Vom Polbureau des ZK. wird uns geschrieben:

Nach den Landtagswahlen in Baden gingen die Verhandlungen über die Bildung einer Regierung hin und her. Das Zentrum wollte die Große Koalition. Die Sozialdemokraten waren nicht dafür, aber auch nicht dagegen, ihre positive Forderung lautete auf Herstellung der alten Regierungskoalition von Demokraten, Zentrum und Sozialdemokratie, mit der im badischen Musterländle zur vollen Zufriedenheit der Bourgeoisie regiert worden war.

Unsere Genossen machten mehrere Fehler. Anstatt die Sozialdemokratie nach der Wahl **vor ein positives Programm von Arbeiterforderungen zu stellen, anstatt zu versuchen, die Arbeiter in den Betrieben für solche Forderungen zu gewinnen, wurden rein negativ die verschiedenen Versuche zur Regierungsbildung in der Presse kommentiert, wobei der Ton dieser Kommentare nicht geeignet war, irgendeinen sozialdemokratischen Arbeiter von der für das Proletariat so verhängnisvollen Politik der SPD.-Führer zu überzeugen.** Und so blieb die Frage der Regierungsbildung in Baden von vornherein auf **das rein parlamentarische Tischtischmechtel** der sozialdemokratischen Führer mit der Führung der verschiedenen bürgerlichen **Parteien beschränkt.** Kein Betrieb, der gegen diese Verhandlungen vor und hinter den Kulissen Stellung nahm. **Keine** Versammlung, die mit dem Programm einer solchen Regierung sich beschäftigte, nur Gerede über **„Futtertrippenpolitik"** in der Zeitung.

Die große Koalition zerschlug sich; die alte Regierungskoalition fand sich nicht mehr zusammen; übrig blieb die **Koalition von Zentrum und Sozialdemokratie,** aus der die Regierung gebildet wurde. Bei der Wahl dieser Regierung beginnen die kommunistischen Vertreter im Parlament den zweiten Fehler, sie beschränkten sich auf die Abgabe einer kurzen Erklärung und — beteiligten sich nicht an der Wahl. Verschiedene **bürgerliche Parteien** gaben **weiße Stimmzettel** ab und bewiesen damit daß sie von der Regierungskoalition, Sozialdemokratie und Zentrum, eine Politik erwarten, die, wenn diese Parteien auch nicht die direkte Verantwortung dafür tragen, doch die Interessen des Bürgertums als Richtschnur hat. Für eine Kommunistische Partei ist in einer solchen Situation die **Stimmenthaltung eine Unmöglichkeit.** Unter Aufstellung **positiver** Arbeiterforderungen hätten die kommunistischen Vertreter erklären müssen, daß sie **gegen diese Koalitionsregierung aus Zentrum und Sozialdemokratie stimmen, indem sie dem Vorsitzenden der eigenen kommunistischen Fraktion bei der Regierungswahl ihre Stimme geben.** Damit wäre zum Ausdruck gekommen der scharfe Gegensatz gegen die Koalitionspolitik der sozialdemokratischen Führer. Gleichzeitig mußten die badischen Arbeiter **aufgerufen werden gegen eine solche Koalitionsregierung;** es galt, gegen die in Baden traditionell gewordene Verbindung der SPD.-Führer mit dem reaktionären Zentrum die Massen zu mobilisieren.

Unsere badische Landtagsfraktion hat auf diese notwendige Demonstration verzichtet. Sie hat sich **durch die Stimmenthaltung selbst ausgeschaltet und damit eine Politik des schwächlichen Verzichts betrieben.** Eine solche Politik ist nicht geeignet, unseren Einfluß auf die Arbeitermassen zu stärken.

Die badischen Genossen werden dies selbst einsehen und in Zukunft im Parlament nicht den bequemen Weg wählen, sondern eine solche Haltung einnehmen, die dazu beiträgt, den sozialdemokratischen Koalitionspolitikern den Boden bei den Massen für ihre Politik zu entziehen.

Ein Sozialdemokrat bei Schwarzweißrot gelandet

Aus **Kraupischken** bei Königsberg in Ostpreußen wird nachträglich gemeldet:

Der bekannte hiesige Sozialdemokrat Hans Lindau, der in der Sozialdemokratischen Partei am Orte tonangebend ist, steht bei den Kreistagswahlen auf einer Liste — mit den Deutschnationalen! Die Deutschnationale Volkspartei hat ihn, offenbar aus Dank für seine verräterische Tätigkeit unter der Arbeiterschaft, auf ihre Wahlliste genommen.

Das Beispiel des sozialdemokratischen Oberpräsidenten **August Winnig** macht Schule. Nicht nur in Ostpreußen. In Berlin sitzt bekanntlich **ein ganzes Rudel** früherer sozialdemokratischer Journalisten und Funktionäre, z. B. die Herren **Unger** und **Zickler,** ehemalige „Vorwärts"-Redakteure, die den „Deutschen Vorwärts" herausgeben und die sich den Deutschnationalen in die Arme geworfen haben. Herr Lensch, der ehemalige Chefredakteur des früheren Stinnes-Blattes, der „Deutschen Allgemeinen Zeitung", gehört ebenfalls in dieses Kapitel.

Die SPD. schimpft auf diese Herren „Renegaten", aber diese Herren „Renegaten" behaupten, daß sie allein die Politik der Konsequenz betrieben, die sich **aus der veränderten Stellung der SPD. zum Staate ergebe.** Sie lieben es, sich als die Pioniere der SPD. zu bezeichnen, die bereits am fortgeschrittensten seien, die Vorhut gleichsam, die die Aufgabe habe, das Gros anzutreiben und nach sich zu ziehen.

Ueberläufer von der SPD. zu den Deutschnationalen. Funktionäre und führende Persönlichkeiten! **Ein kommunistischer Funktionär hat noch nie die Charakterlosigkeit begangen, zu den offenen Feinden des Proletariats überzulaufen.** Das ist und bleibt ein Kennzeichen der SPD. An dieser Tatsache allein kann man schon die erlogene Phrase von den „kommunistischen Helfershelfern der Reaktion" erkennen.

Sozialdemokraten und Zentrumsleute für Ueberschichten im Bergbau

Der Ausschuß für Handel und Gewerbe des Preußischen Landtags beschäftigte sich am Montag, dem 30. November, mit den Zechenstillegungen im Ruhrgebiet. Die Sozialdemokratie verlangte in einem Antrag die Einführung der Fünfzigwoche. Herr **Otter** begründete diesen Antrag besonders dadurch, daß im Ruhrgebiet Tausende von Bergarbeitern brotlos sind und daß andere große Teile der Bergarbeiterschaft zu Ueberschichten gezwungen werden, im Monat Oktober allein im Ruhrgebiet über 1 300 000. Herr **Offert,** der Zentrumsbergarbeiterführer des Christlichen Gewerkvereins, weiterte ebenfalls gegen die Ueberschichten, lehnte aber den Antrag auf Einführung der Fünfzigwoche ab, so daß der Antrag gegen die Stimmen der SPD. und KPD. abgelehnt wurde.

Daß diesen Herrschaften an der Beseitigung der Ueberschichten nichts liegt, haben Sozialdemokraten und Zentrum gleich bewiesen. In der gleichen Sitzung stand nachfolgender **kommunistischer Antrag** auf der Tagesordnung:

„Der Landtag wolle beschließen:

1. Den durch die Zechenstillegungen erwerbslos gewordenen Bergarbeitern ist der Durchschnittslohn bis zu ihrer Wiedereinstellung zu zahlen. Ebenso ist der durch Feierschichten den Bergarbeitern entstandene Lohnausfall durch die Erwerbslosenfürsorge in vollem Umfange zu erstatten. Die hierfür ausgegebenen Geldmittel sind von den Unternehmern einzuziehen;

2. Das Verfahren von Ueberschichten ist zu verbieten."

Gegen diesen Antrag stimmten die Zentrumsleute und Sozialdemokraten gemeinsam mit den Deutschnationalen und Volksparteilern.

Herr **Osterroth** begründete die Ablehnung eines Ueberschichtenverbots damit, daß in Oberschlesien — weil die Kohle fehlt — Ueberschichten gemacht werden müßten. Anstatt Kohle aus dem Ruhrgebiet nach Berlin oder Mitteldeutschland zu bringen, hält es Herrn Osterroth für richtig, daß in Oberschlesien die Bergarbeiter gezwungen werden, Ueberschichten zu machen und im Ruhrgebiet zu feiern.

Diese Wirtschaftsmethode wurde von unseren Genossen auch genügend gekennzeichnet.

Jahrzehntelang hat der Bergarbeiterverband und die Sozialdemokratie für ein Verbot der Ueberschichten im Bergbau gekämpft. Heute braucht das Unternehmertum die Ueberschichten, um eine schärfere Ausbeutung der Arbeiterschaft durchzuführen, und die Sozialdemokraten stimmen dem zu, ganz gleich, ob auch andere Hunderttausende von Arbeitern daran zugrunde gehen.

Ein **weiterer Antrag der kommunistischen Fraktion** verlangte, daß die preußische Regierung bei der Reichsregierung für die Gestaltung des Reichsknappschaftsgesetzes nach folgenden Gesichtspunkten eintreten solle:

1. Die Verwaltung des Reichsknappschaftsvereins sowie der Bezirksknappschaftsvereine sind allein in die Hände der Versicherten zu legen;

2. Das Krankengeld, die Unfall-, Invaliden- und Altersrenten im Berg-, Hütten- und Salinenwesen sind auf die volle Höhe der Tariflöhne hinaufzusetzen, die die Rentenempfänger vor Eintritt in die Rentenpflicht erhielten. Die Renten sind dauernd in Uebereinstimmung mit den Tariflöhnen zu halten;

3. Aerztliche Behandlung sowie freie Arznei und Medikamente, ferner Krankenhausbehandlung sind den Familienangehörigen des Versicherten zu gewähren;

4. Das Lebensalter zur Pensionierung der Bergarbeiter von 50 auf 45 Jahre und das Dienstalter von 25 auf 20 Jahre herabzusetzen.

Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Die Sozialdemokraten stimmten nur für den Punkt 3. Die Zentrumsbergarbeiterführer stimmten gegen alles.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251203-14/fragment/page=0002

Lohnkämpfe und Entlassungen

Die Metallindustriellen wollen die Gewerkschaften ausschalten

Der Schlichter für Thüringen, Ministerialrat Dr. Hauschild, hat **die Verbindlichkeit des Schandschiedsspruches für die Thüringer Metallarbeiter beantragt.** Der Schiedsspruch sieht für die Thüringer Metallindustrie eine Arbeitszeit bis zu 54 Stunden vor. Der amtliche Schlichter Thüringens handelt nur im Interesse der Unternehmer, denn diese haben bereits vor längerer Zeit durch ihren Syndikus erklären lassen, daß ihre Forderungen von dem thüringischen Ministerium gedeckt werden. Bezeichnend ist dabei die Aeußerung eines Beamten des Arbeitsministeriums, der erklärte, **„das Arbeitsministerium und die Unternehmer würden in Zukunft versuchen, den Einfluß der Gewerkschaften auf die Festlegung der Löhne und der Arbeitszeit auszuschalten“.** Dieser Fall zeigt erneut, daß die Schlichtungsinstanzen nichts anderes sind als staatliche Lohnfestsetzungsmaschinen.

Die thüringische Zeitung der SPD., „Das Volk“, spricht von einer ungeheuren Beleidigung der Thüringer Arbeiterschaft, aber sie vergißt zu erwähnen daß diese Beleidigung nur möglich ist dank der Arbeitsgemeinschaftspolitik der Gewerkschaften und des Eintretens dieser Organisationen für die Schlichtungsstellen. Die Arbeiterschaft muß endlich erkennen, daß der schärfste **Kampf gegen die Schlichtungsausschüsse** zu führen ist und daß eine Besserung ihrer Existenz abhängig ist von ihrem Kampfeswillen.

Ein provokatorisches Rundschreiben der Reichsbahn

Die Reichsbahndirektion Köln hat an die einzelnen Dienststellen ein Rundschreiben gerichtet, in dem aufgefordert wird, bei den Zeitarbeitern Kündigungen vorzunehmen. Kein Zeitarbeiter soll länger wie sechs bis sieben Monate bei der Reichsbahn beschäftigt werden, sondern soll bei Urlaub dieser Zeit seine Kündigung durch die Dienststellen-Vorsteher erhalten. Bei den Stammarbeitern und bei den Lohntarifarbeitern soll ebenfalls eine Personalverminderung vorgenommen werden. Eine direkte Verhöhnung der Eisenbahner ist es, wenn in dem Rundschreiben gesagt wird, daß nach Anweisung der Hauptverwaltung der Reichsbahn A.-G. „Härten“ nach Möglichkeit bei den Entlassungen zu vermeiden sind. Es ist bei den Direktoren der Reichsbahn A.-G. keine Härte, wenn jetzt wiederum 40 000 Eisenbahner auf die Straße geworfen werden.

Das Rundschreiben, das im Einverständnis mit der Hauptverwaltung der Reichsbahn herausgegeben wurde, zeigt, daß unter allen Umständen Arbeiterentlassungen vorgenommen werden sollen. **Der Protest des Reichstags und der übrigen Landesparlamente wird von der Reichsbahn nicht beachtet.** Solange die Gewerkschaften nicht bereit sind, rücksichtslos den Kampf gegen die Reichsbahn A.-G. aufzunehmen, werden die Geheimräte tun und machen, was sie wollen.

Aussperrung in der Hannoverschen Maschinenbau A.-G.

Die **Hannoversche Maschinenbau A.-G.** versucht seit längerer Zeit die Lohn- und Akkordverdienste zu kürzen und Verschlechterungen für die Arbeiterschaft des Betriebes durchzuführen. Die angerufene Schlichtungsstelle machte den Vergleichsvorschlag, durch eine Feststellungsklage beim Gewerbegericht eine Entscheidung über das Vorgehen der Unternehmer herbeizuführen. **Bis dahin sollten die alten Bedingungen bleiben.**

Dieser Vergleichsvorschlag wurde von der Fabrikleitung abgelehnt, die auf sofortiger Durchführung des Lohnabzuges bestand. Ende letzter Woche **sperrte nun die Firma die gesamte Belegschaft von 3500 Arbeitern aus.**

Den Machtwillen der Direktion zu brechen, ist nur möglich, wenn die Gewerkschaften **erstarkt den Kampf gegen das Unternehmertum führen.**

Arbeitskämpfe im Saargebiet

Die Krise im Saargebiet verschärft sich immer mehr. Nachdem mitte November die Unternehmer des Baugewerbes die gesamte Bauarbeiterschaft ausgesperrt hatten, gehen nun **die Grubenbarone ebenfalls zur Offensive über.** Sie lehnten die von den Bergarbeitern geforderten 20 Prozent Lohnerhöhung ab mit der Berufung, daß die innerfranzösischen Bergarbeiterlöhne noch niedriger als die der saarländischen seien.

Besonders scharf macht sich die **Krise bei den Eisenbahnern** bemerkbar, die am letzten Freitag spontan zu einer riesigen Versammlung zusammentraten und vor dem Direktionsgebäude demonstrierten. Die Kämpfe im Saargebiet erfordern die Aufmerksamkeit der gesamten Arbeiterklasse. Die Arbeiter, die unter der Inflation besonders leiden, können nicht von ihren Forderungen Abstand nehmen. Sie werden mit Hilfe der gesamten Arbeiterschaft des Saargebiets den Kampf gegen ihre Unterdrücker aufnehmen.

Um die Abfindung der Fürstenhäuser

Rede des Genossen Neubauer im Reichstag

Zur Beratung stand in der gestrigen Reichstagssitzung ein **demokratischer** Antrag, der die Landesregierungen ermächtigen soll, die Fürstenabfindungen durch Landesgesetz unter Ausschluß des Rechtsweges zu regeln, und ein **kommunistischer Antrag, der entschädigungslose Enteignung der Fürstenvermögen verlangt.**

Der **Demokrat** Dietrich aus dem achtundvierzigster Muschterländle Baden wundert sich, daß die Abfindung der Fürsten durch die Weimarer Verfassung nicht geregelt wurde. Charakteristisch für den guten „Demokraten“ ist es, wie er unter Anführung des Beispiels des braven badischen Großherzogs fordert, man dürfe doch die „anständigen“ Fürsten, die sich „gutwillig“ in die Regelung gefunden hätten, nicht schlechter behandeln als die widerspenstigen und hahgierigen.

Gegenüber diesen loyalen und kompromißlerischen Jeremiaden geißelt

Genosse Neubauer

in wuchtiger Anklagerede in gleicher Weise **die Habgier der Fürsten, wie die ungeheure Schuld derjenigen, welche nach acht Jahren Republik diese unverschämten Ansprüche erst möglich gemacht haben.**

Er beginnt mit der Frage, ob sich wohl jemand vorstellen könne, daß im **Moskauer Zentralkomitee** oder im **Nationalkonvent der französischen Revolution** irgend jemand solche Forderungen zu stellen gewagt hätte, wie es jetzt in der **deutschen Republik möglich ist.** Freilich, **Fehrenbach ist kein Robespierre, und Hermann Müller kein Saint Just;** aber an der Gegenüberstellung sehen wir, wie weit wir in dieser Republik gekommen sind.

Die Deutschen sind mit ihren Fürsten verfahren wie kein anderes Volk. Die frommen Puritaner in England haben ebenso wie das revolutionäre französische Bürgertum ihre Könige **unter das Fallbeil gebracht.** Das deutsche Volk hat seine Fürsten nicht guillotiniert, es läßt sie **frei im Lande herumlaufen, sie können reden,** man läßt sie **Reichswehrparaden abnehmen** und ungestört **Umsturzpläne organisieren.** Das deutsche Bürgertum ist nicht einmal auf den Gedanken gekommen, daß diese Behandlung der Fürsten eine Gefahr für seine Republik sein könnte. In der französischen Republik hat **Robespierre die Hinrichtung Ludwigs als einen Akt der nationalen Notwehr, die nichts mit Barmherzigkeit zu tun haben dürfe, durchgesetzt.** Und als **Bismarck** bei der Abfassung der Hannoveraner im Interesse der Sicherheit des preußischen Staates forderte, daß die königlich-preußische Regierung nicht über **juristische Zwirnsäden** stolpern dürfe, da riefen **alle nationalen Männer,** die Vorfahren der heutigen Rechten, **Bravo!**

Was aber tut die deutsche Republik? Der Herzog von Gotha, ein Prinz aus englischem Hause, ist mit **500 000 Mk.** in der Tasche **nach Deutschland gekommen.**

Heute sind ihm auf Antrag der Reichsregierung von deutschen Richtern 200 Millionen Mark zugesprochen worden.

Dafür ist er auch überall dabei, wo es einen nationalen Rummel gibt, nimmt **Seite an Seite mit Ruprecht von Wittelsbach Reichswehrparaden** ab und sorgt so, unter **Wissen des Reichswehrministers, dafür, daß Bayern seinen König wieder bekommt.**

Es ist geradezu bizarr, was in Deutschland vor sich geht. Wir hatten eine Situation, wo die Fürsten durch einen **Federstrich enteignet werden konnten.** Heute haben wir einen **monarchistischen Reichsvorsitzenden,** eine **monarchistische Regierung,** einen **Reichstag, dessen Mehrheit zweifellos monarchistisch ist,** und ich habe die Ehre (zu dem deutschnationalen Vizepräsidenten Graf-Thüringen gewendet, der den Vorsitz führt), meine Ausführungen gerade unter einem Präsidenten zu machen, **an dessen monarchistischer Gesinnung** ebenfalls kein Zweifel ist.

Unter solchen Umständen werden wir uns keinen **großen Illusionen** hingeben dürfen. Was geschieht aber, wenn nicht radikal eingegriffen wird?

Thüringen steht unweigerlich vor dem finanziellen Bankrott, wenn es die Ansprüche seiner sieben Fürsten befriedigen muß. Die preußische Bevölkerung wird mit über 500 Millionen belastet. Und alles in allem gerechnet betragen die Ansprüche der Fürsten 2½ bis 3 Milliarden, das 3½fache der Dawes-Anleihe, für die Deutschland seine Unabhängigkeit verkauft hat.

Betrachten wir demgegenüber die ungeheuerliche Not der Arbeiterklasse und breitester Schichten des städtischen und bäuerlichen Kleinbürgertums. Vergleichen wir die Renten der Kriegsbeschädigten. Um wieviel könnte die jetzige Unterstützung von 8 bis 10 Mark wöchentlich erhöht werden, wenn die Fürsten enteignet würden. Wieviel landhungrigen Kleinbauern könnte mit den **250 000 Morgen Domänenboden,** die in Preußen allein an die Fürsten ausgeliefert werden sollen, geholfen werden! Die Fürsten waren freilich niemals bescheiden. Und wenn Martin Luther den Kurfürsten von Brandenburg, Joachim I., den **Vater aller Habgier** nennt, so können die Nachkommen heute mit Fug und Recht **„die Kinder aller Habgier“** heißen.

(An dieser Stelle der Rede kommt es zu einem Zwischenfall unerhörter Art. **Der deutschnationale Vizepräsident ruft Genossen Neubauer zur Ordnung, indem er erklärt, wenn es schon nach der Geschäftsordnung nicht in seiner Macht stehe, ihn wegen der Beschimpfung der ehemaligen Fürsten zur Ordnung zu rufen, so müsse er das wegen Beleidigung des Hauses tun.)**

Genosse Neubauer fährt fort: Die Fürsten haben **jede Gewaltmaßnahme** angewendet, um sich in den **Besitz fremden Eigentums zu setzen.** Sie haben **das Bauernlegen in größtem Maßstabe** betrieben, sie haben Bauern und Städte bis aufs letzte ausgesogen. Räuber mit solcher Vergangenheit kommen jetzt mit ihren Ansprüchen, und ihnen gegenüber verlangen noch so gute **Republikaner, wie Demokraten und Sozialdemokraten, mildernde Umstände.**

Revolution schafft neues Recht und bricht alte Zustände! Was haben aber **Demokraten und Sozialdemokraten,** die jetzt so über die Ausplünderung durch die Fürsten zetern, 1918 und 1919 getan? Auf sie gilt dasselbe — Wort für Wort —, was **Karl Marx** über die Demokraten von 1848 gesagt hat: „So groß war die **Furcht** der neuen Herren **vor den Massen,** daß ihnen **jedes Mittel gut schien, um die erschütterten Grundlagen der Autorität zu stärken.** Die betregenen Tröpfe bildeten sich ein, jede Gefahr der Wiederaufrichtung der alten Zustände sei vorüber und benutzten die alte Staatsmaschine, um die Ordnung wiederherzustellen.“ — Dabei gab es 1918 das **Beispiel der russischen Revolution,** die Zehntausenden von **Bauern aus den Krongütern Land gegeben hat, die Fürstenschlösser in Erholungsheime umwandelte und den Kronschatz in Staatseigentum überführte,** während die **preußische Regierung schon 1918** die Auseinandersetzungen mit den Hohenzollern **auf das Gebiet der bürgerlichen Juristerei** verschob und in Anbetracht „bringenden Notstandes“ **Möbelwagen voll wertvoller Gegenstände nach Amerongen auslieferte.** Die sozialistische Preußenregierung machte den Hohenzollern 1920 einen Vergleichsvorschlag, der selbst dem Landtag zu bunt war. **Unter dem Braun-Severing-Regime liegt jetzt ein neuer Vorschlag vor, der schätzungsweise noch immer 500 Millionen den Hohenzollern in den Rachen wirft.**

Der Antrag, mit dem die **Demokraten** jetzt das Volk über die Folgen dessen zu beschwichtigen versuchen, was sie selbst verschuldet haben, **verschiebt die ganze Frage auf den juristischen Boden.** Da er ja nur will, daß die Ansprüche der Schmarotzerfürsten in „gemäßigter Form“ erfüllt werden, ihnen vielleicht statt 100prozentiger eine 25prozentige Abfindung zugesteht. Wir sind der Meinung, daß die deutschen Volksmassen ein Recht haben, energisches und radikales Durchgreifen zu fordern.

Wir fordern nach gutem historischem Beispiel entschädigungslose Enteignung.

Wir machen zugleich auch Vorschläge über die Verwendung der beschlagnahmten Güter: als Genesungsheime für Kriegsbeschädigte, für Unfall- und Kleinrentner, als Erziehungsheime für darbende Großstadtkinder. Das sind Forderungen, gegen die es keinen Einwand geben kann, die jedermann **unterstützen muß, auch wenn er kein Kommunist ist.**

Aber das sind alles Fragen der **politischen Macht.** Darum appellieren wir heute nicht an den Reichstag, **sondern an die arbeitenden Massen von Deutschland,** die die Kosten für den Raubzug der Fürsten mit ihren abgedarbten Steuergroschen, aus ihrem Elend und Hunger aufbringen müssen. **Das Volk in seinem Elend kann es nicht ertragen, das Hunderte von Millionen den Schmarotzern in den Rachen geworfen werden. Es kann nicht dulden, daß aus diesen Vermögen monarchistische Staatsstreichpläne finanziert und organisiert werden.** Die Massen selbst haben sich zu wehren, sie müssen eintreten in den Kampf gegen das monarchistische Räubergesindel, das sich zusammenfindet, um das Volk aufs neue schamlos auszuplündern.

Nur der Druck der Massen kann die Schmach beseitigen und Zustände schaffen, wie sie für das Proletariat nötig sind. (Lebhafter Beifall bei den Kommunisten.)

Die Sozialdemokratie hat zu dieser ungeheuer wichtigen Frage **keinen eigenen Antrag eingebracht.** In der zweiten Lesung erscheint als besonderer Sachverständiger in diesen Angelegenheiten Herr — **Scheidemann,** ehemalige kaiserliche Exzellenz. Wir werden sein Debüt morgen veröffentlichen.

Herunter mit den Steuern!

ruft jeder Arbeiter, Angestellte, Beamte, Bauer, Handwerker, Kleinkaufmann. Die Steuern könnten sinken, wenn die fürstlichen Forsten mit ihren ungeheuren Erträgen in das Eigentum des Staates kämen. Darum fordert:

Enteignung der Fürsten ohne Entschädigung!

Vom Reichslandbund

Der politische Einfluß

Der Reichslandbund ist nach dem Reichsverband der Deutschen Industrie und dem Bankierverband die politisch einflußreichste kapitalistische Organisation in Deutschland. Diese Spitzenorganisationen der Großausbeuter sind natürlich eng miteinander verquickt. Als Interessenorganisation der Großagrarier hat der Reichslandbund neben dem indirekten Einfluß auf die Reichs- und Landesregierungen, direkten Einfluß auf die Fraktionen der Ausbeuterparteien im Reichstag und in den Landtagen.

So sind folgende Landbundmitglieder in den einzelnen Fraktionen Abgeordnete:

im Reichstag:

Deutschnationale Volkspartei	54 Landbundabgeordnete
Deutsche Volkspartei	3 Landbundabgeordnete
Nationalsozialisten	3 Landbundabgeordnete
Wirtschaftliche Vereinigung	4 Landbundabgeordnete
Zentrum	3 Landbundabgeordnete
	67

im Preußischen Landtag:

Deutschnationale Volkspartei	56 Landbundabgeordnete
Deutsche Volkspartei	4 Landbundabgeordnete
Nationalsozialisten	2 Landbundabgeordnete
Wirtschaftliche Vereinigung	4 Landbundabgeordnete
Zentrum	4 Landbundabgeordnete
	70

Im Reichstag sind über 13,5 Prozent der Abgeordneten Mitglieder des Reichslandbundes und im Preußischen Landtag über 15,5 Prozent der Interessenorganisation der Großagrarier, die selber nur etwas über 2 Prozent der deutschen Bevölkerung ausmachen.

Die Wirtschaftspolitik des Reichslandbundes

Der Reichslandbund wollte nicht nur eine politische Rolle spielen, sondern auch eine starke Wirtschafts- und Kapitalsmacht werden. Durch genossenschaftlichen Zusammenschluß der Großagrarier sollte erreicht werden:

Unterordnung des Handels, der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse (Mühlen, Bäckereien usw.), der Herstellung landwirtschaftlicher Maschinen usw.

Ueber diese Pläne schrieb noch im Oktober vorigen Jahres das Genossenschaftsblatt des Reichslandbundes:

„.... Das Ziel geht jedoch weiter; nicht nur der Handel, sondern auch das Mühlengewerbe und den Mehlhandel will die Landwirtschaft in ihre Hand bekommen, um die Preise des Getreides und des Mehls, also des Brotes, des wichtigsten Volksernährungsmittels, maßgebend und konkurrenzlos bestimmen zu können. — Gewiß, diese dargelegten Ziele schweben unseren Landbundgenossenschaften vor Augen .... Es gibt bereits eine Reihe von Landbundgenossenschaften, die in dem Verarbeitungsprozeß der landwirtschaftlichen Erzeugnisse eingreifen und eigene Mühlen, Brennereien und Flockenfabriken erworben haben. Die Erfolge sind im allgemeinen recht gut ... Die Landwirtschaft kann fast restlos den Handel mit landwirtschaftlichen Roherzeugnissen, zum Teil auch das Gewerbe, welches die landwirtschaftlichen Erzeugnisse umformt, und Fertigfabriken, ja zum Teil auch den Vertrieb an die Verbraucher ... (eigene Milch- und Butterläden) in die Hand nehmen ... Der Reichslandbund und überhaupt die Landwirtschaft **als das konservativste Element** des Staates bilden die Garantie dafür, daß diese Macht nicht zu „politischen Umtrieben“ benutzt wird, ... daß hierdurch der Handel nicht ausgeschaltet, sondern „nur“ der Landwirtschaft dienstbar (!) gemacht wird.“

Der Aufbau der Wirtschaftsorganisationen

Die oben gekennzeichnete Politik war auch in weitgehendem Maße bereits verwirklicht worden, zum Teil mit Hilfe großer Staatskredite, zum Teil durch die Beiträge besonders der zahlreichen Klein- und Mittelbauern. Am 31. Dezember 1924 bestanden drei „wirtschaftliche“ Zentralorganisationen:

die Genossenschaftliche Zentralkasse,
die Reichsbund Ein- und Verkaufs-A.-G. und
die Elektro-Hauptgenossenschaft.

Ihnen waren angeschlossen:

114 Kreislandbundgenossenschaften A. Gr. Gesellschaften,
95 Bezugs- und Absatzgenossenschaften,
172 Kreditgenossenschaften,
27 Betriebsgenossenschaften,
667 Elektrizitätsgenossenschaften,
49 Molkereigenossenschaften,
18 Trocknerei-, Brennerei- und Mühlengenossenschaften,
12 Viehverwertungsgenossenschaften,
106 sonstige Genossenschaften.

Am zahlreichsten waren die Landbundgenossenschaften vertreten in Brandenburg (372) und in Schlesien (303).

Der Anfang zur Schaffung einer monopolartigen Machtstellung der Großagrarier zwecks verstärkter Machtstellung und erhöhter Profite auf Kosten der Arbeiter und Mittelschichten, einschließlich der Klein- und Mittelbauern, war also bereits gemacht. Der Kampf gegen den selbständigen Handel und das Kleingewerbe war bereits aufgenommen.

Die Kredit- und Kapitalmacht

Dem Reichslandbund standen nicht nur die Beiträge seiner Mitglieder zur Verfügung. Er hatte sich bereits einer Bankorganisation angegliedert. Die Bank für Landwirtschaft A.-G. hatte sich u. a. mit der Potsdamer Kreditbank welche in der Provinz Brandenburg allein 18 Filialen mit Depositenkassen hat, verschmolzen. Dank des Einflusses des Reichslandbundes auf die Staatsorgane, war es ihm gelungen, den größten Teil der der Landwirtschaft zur Verfügung gestellten Kredite zu erhalten. So hat der Reichslandbund, nach eigenen Angaben, im zweiten Halbjahr 1924 an Krediten erhalten: 200 Millionen Mark Erntebergungskredite durch die preußische Staatsbank, 44 Millionen Mark „Notstandskredite“, 20 Millionen Mark „Meliorationskredite“. Die Genossenschaftliche Zentralkasse des Reichslandbundes hat einen Staatskredit von 45 Millionen Mark erhalten.

Somit hatte der Reichslandbund die Kontrolle über die Kreditverteilung an die Landwirtschaft in der Hand. Der Reichslandbund versorgte selbstverständlich in erster Linie und fast ausschließlich die Großagrarier.

Die leitenden Personen im Reichslandbund

Sowohl in der Leitung des Reichslandbundes, als auch in den Vorständen und Aufsichtsräten der Landbundorgane und -Genossenschaften sitzen fast nur Großagrarier und abgedankte höhere Offiziere. An der Spitze des Reichslandbundes steht ein Graf Kalckreuth. In dem Aufsichtsrat der Reichslandbund-Ein- und Verkaufs-A.-G. zu Berlin sitzen 7 Gutsbesitzer, 1 Oekonomierat, 1 Bankdirektor und 2 Majore a. D. In der Reichslandbund-Ein- und Verkaufs-A.-G. zu Hannover sitzen im Aufsichtsrat 4 (Ritter-) Gutsbesitzer, 2 Bankdirektoren, 2 Generaldirektoren und ebenfalls 1 „Landwirt“. Das sind die Aufsichtsräte von zwei zentralen Organisationen. Die Zusammensetzung der Leitungen der Landbund-Unterorganisationen entspricht dem Aufsichtsratsverhältnis in den zentralen Organisationen.

Gegenwärtig vollzieht sich eine teilweise Umstellung des Landbund-Wirtschaftsapparates, nachdem der Landbund sich völlig dem Finanzkapital untergeordnet hat. Die Umstellung erfolgt auf Kosten der bäuerlichen Mitglieder, wie es sich besonders bei den Genossenschaftsstrachs zeigt. Immerhin bedeutet die Unterordnung des oben gezeigten starken, ausgedehnten Wirtschaftsapparates des Landbundes unter das Finanzkapital eine große Konzentration der kapitalistischen Kräfte. Um so mehr gilt es, die revolutionäre Einheitsfront der Arbeiterschaft und ein Kampfbündnis mit der werktätigen Bauernschaft zu schaffen.

Die einzelnen Landbundgenossenschaften stehen also fast nur unter dem Einfluß der Großagrarier. Entsprechend ihrer politischen Einstellung stellten sie an ihre Spitze lediglich abgedankte reaktionäre Offiziere.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251203-14/fragment/page=0003

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg. Bureau u. Kasse. Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 1473 – Postscheckkonto Leipzig 107 001. Artur Sämisch Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Oberbezirk Süd. Sonnabend, 5. Dezember, abends 8 Uhr, in Loefts Hof (Freundlieb) Proletarischer Unterhaltungsabend zum Besten der Weihnachtsbescherung der Roten Hilfe. Alle Genossinnen und Genossen sind hierzu eingeladen.
Oberbezirk Osten. Die Funktionärsitzung für den Oberbezirk findet nicht am Montag, dem 7. Dezember, sondern am Montag, dem 14. Dezember, statt.
Die Wahlplakate zum 29. November müssen vom Distriktsführer umgehend im Ortsbureau, Lerchenfeldstraße, abgeliefert werden.
Dölau. Sonnabend, 5. Dezember, abends 8 Uhr bei Richter Mitgliederversamml. Sämtliche Funktionäre und Gemeindevertreter haben die Pflicht, eine Stunde früher zu erscheinen.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg-Delitzsch.

Delitzsch. Zusammenkunft aller bisherigen Zehnergruppenführer und der neugewählten Betriebs- und Straßenzellenobleute bzw. Kassierer am Donnerstag, dem 3. Dezember, abends 7 Uhr, im „Lindenhof".

Versammlungen des „Roten Frontkämpfer-Bund"

Gausekretariat: Arthur Brandt, Halle, Große Klausstraße 10 (Laden). Geöffnet: Wochentags 8 bis 10 Uhr und 3 bis 5 Uhr. Mittwochs und Sonnabends von 8 bis 10 Uhr und 3 bis 8 Uhr. Jeden 3. Sonntag im Monat von 8 bis 1 Uhr.
Gauleitung. Heute abend 8 Uhr in der „Goldenen Kette" Vollsitzung.

Ortsgruppe Halle

Alle Ortsvorstandsmitglieder nehmen an der heutigen Gauleitungssitzung teil.
Spielmannszug. Das Ueben fällt heute aus.
Geschlossener Spielmannszug. Donnerstag, den 3. Dezember, abends ½8 Uhr, im „Volkspark" Ueben.
Alle Hornisten Freitag, 4. Dezember abends ½8 Uhr, am Wasserturm, Roßplatz, Antreten zum Ueben.
Bezirk 2 (Süd). Donnerstag, 3. Dezember, abends 8 Uhr, bei Freundlieb Bezirksversammlung. **Funktionäre eine Stunde vorher.**

Untergau Saalkreis

Nietleben. Sonnabend, 5. Dezember, 8 Uhr, „Sonne", Mitgliederpflichtversamml.
Lettin. Sonnabend, 5. Dezember, abends 6½ Uhr, Antreten am Sammelplatz (Friedenseiche). Abmarsch nach Zscherben zum Werbeabend.
Ammendorf. Spielmannszug Sonntag, 6. Dezember, früh 8 Uhr, Antreten am „Burgschlößchen" zum Abmarsch nach Rattmannsdorf zum Ueben. Rückkehr 2 Uhr mittags.
Teicha. Sonntag, 6. Dezember, nachmittags 2 Uhr, in Frößnitz Pflichtversamml. Mit Instrumenten und Mitgliedskarten erscheinen.
Canena. Sonntag, 6. Dezember, vormittags 10 Uhr, in Bruckdorf Arbeitsgebietsversammlung. Alle Ortsgruppen des Arbeitsgebiets haben zu erscheinen.
Könnern. Donnerstag, 3. Dezember, 8 Uhr, im „Bürgergarten" Pflichtversamml.
Dölau. Donnerstag, 3. Dezember, 8 Uhr, bei Richter, Mitgliederversammlung. Mitgliedskarten mitbringen.
Seeben. **Jungsturm.** Donnerstag, 3. Dezember, 8 Uhr, Versammlung. Alles Karten mitbringen.
Ammendorf. Sonnabend, 5. Dezember, abends 8 Uhr, im „Burgschlößchen" Generalversammlung. Mitgliedskarten mitbringen. Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.
Zscherben. Freitag, den 4. Dezember, abends ½8 Uhr, im Gasthof Boltze Probe.
Zscherben. Sonnabend, 5. Dezember, abends 7½ Uhr, Werbeabend. Die Arbeiterschaft ist eingeladen.

Untergau Merseburg

Merseburg. Donnerstag abend ½8 Uhr in „Stadt Leipzig" **Jungsturmversammlung.** Alles erscheinen zur Einteilung. Liederbücher mitbringen.
Freiburg. Freitag, 4. Dezember, abends 8 Uhr, in „Stadt Leipzig" Mitgliederversammlung. Die Unterkassierer, die noch Werbemarken im Besitz haben, müssen diese sofort abrechnen.
Neumark. Sonnabend, 5. Dezember abends 7 Uhr, Antreten. 7.20 Uhr Abfahrt mit Straßenbahn zur Beteiligung am Werbeabend in Kötzschen-Beuna. Erwerbslose erhalten freie Fahrt.
Dürrenberg. Freitag, 4. Dezember, 8 Uhr Pflichtversammlung. Unentschuldigtes Fehlen zieht Konsequenzen.
Lauchstädt. Sonnabend, 5. Dezember, abends 7½ Uhr, steht die gesamte Ortsgruppe an der „Stadt Leipzig" zur Abfahrt nach Kötzschen.
Lützen. Freitag, 4. Dezember, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten" Pflichtversamml.
Neumark. Sonntag, 6. Dezember, nachmittags 3 Uhr, Vorstandssitzung.
Mücheln. Sonntag, 6. Dez., nachm. 3 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Pflichtversamml.
Dürrenberg. Sonntag, 6. Dezember, in Goddula im Gasthof „Grüner Hof" Werbeabend. Die gesamte Ortsgruppe mit Kapelle und Spielmannszug steht nachm. 3 Uhr zum Abmarsch. Unentschuldigtes Fernbleiben zieht Rechenschaft nach sich.

Untergau Mansfeld (Gebirgskreis)

Ermsleben. Sonntag, 6. Dezember, nachmittags 2 Uhr, bei Pape wichtige Versammlung. Werbemarken müssen abgerechnet werden. Karten mitbringen.
Kleinermansfeld. Sonntag, 6. Dez., nachm. 3 Uhr, im „Hohenzollern" Versamml.

Untergau Mansfeld (Seekreis)

Erdeborn. Sonnabend, 5. Dezember, 8 Uhr, Pflichtversammlung. Wichtige Tagesordnung. Jedes Mitglied muß erscheinen.
Zscherbenthal. Sonnabend, 5. Dezember, 7 Uhr, Antreten zum Abmarsch nach Zscherben zum Werbeabend. Alles erscheinen.
Oberröblingen. Sonntag, 6. Dezember, vorm. 9 Uhr, im Lokal Henze, Mitgliederversammlung. Abrechnung der Marken.

Untergau Bitterfeld

Bitterfeld. Donnerstag, 3. Dezember, abds. 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus" wichtige Mitgliederversammlung.
Greppin. Freitag, 4. Dezember, 8 Uhr, Pflichtversammlung. Karten mitbringen.
Raitzsch. Freitag, 4. Dezember, 8 Uhr, Mitgliederversammlung. Karten mitbringen.
Zscherndorf. Sonntag, 6. Dezember, 7 Uhr, im Lokal Troitzsch Theaterabend. Die Arbeiterschaft von Zscherndorf ist eingeladen.

Untergau Delitzsch

Delitzsch. Donnerstag abend 8 Uhr Vorstandssitzung. Gruppenführer mit erscheinen.
Delitzsch. Freitag, 7. Dezember, Mitgliederversammlung im „Lindenhof". Alles zur Stelle. Mitgliedskarten mitbringen.

Untergau Torgau-Liebenwerda

Belgern. Sonnabend, 5. Dezember, abends 8 Uhr, bei E. Richter Pflichtversamml. Gesamter Vorstand und Gruppenführer pünktlich ½8 Uhr zur Stelle.

Untergau Weißenfels

Hohenmölsen. Sonntag, 6. Dezember, vorm. 9 Uhr, bei Rupsch außerordentliche Mitgliederversammlung.

Untergau Zeitz

Trebnitz. Sonntag, 6. Dezember, vorm. 10 Uhr, Generalversammlung. Mitgliedskarten mitbringen.
Theißen. Sonntag, 6. Dez., nachm. 3 Uhr, Gasthof Luckenau, Mitgliederversamml.

Auf
Teilzahlung
erhalten Sie bei uns mit geringer Anzahlung und niedrigen Ratenzahlungen gute und preiswerte **Herren-, Damen- und Kinder-Garderobe.** Unsere alten Kunden, welche ihr Konto beglichen haben, erhalten jede gewünschte Ware
ohne Anzahlung!
Von unseren großen Lagerbeständen bieten wir zu äußerst günstigen Preisen an:

Herren-Ulster	Damen-Mäntel
Rock-Paletots	Plüsch-Mäntel
Herren-Anzüge	Plüsch-Jacketts
Cutaway-Anzüge	Krimmer-Jacketts
Herren-Anzüge	Kostüme mit Pelzbesatz
Sport-Anzüge	Kleider
Manchester-Anzüge	Backfisch-Kleider
Wüster Joppen	Kinder-Kleider
Burschen-Anzüge	Kostüm-Röcke
Kinder-Anzüge	Strick-Westen
Knaben-Paletots	Mädchen-Mäntel

Auto-Leder-Joppen, Wochenrate 5 Mark
Bilder mit Glas und Goldrahmen Größe 62 : 130 Zentimeter
Mk. 39,— Anzahl. 3 Mk. Wochenrate 3 Mk.
Paul Sommer
Halle a. S., Leipziger Str. 14 I. und II. Etg.
... 6 Uhr geöffnet

WALHALLA
Direktor: Paul Blüthgen
Anfang 8 Uhr Tel. 8385
Stürmischer Lacherfolg
Hartstein
Der Stolz der 3. Kompagnie
Hierzu die Sensationen:
2 Bramsons 2
Guido Gialdini
4 Rennés 4
Max Marzelli
2 Plauks 2
4 Sylphiden 4
Tageskasse ab 11 Uhr
Preise 0,60 1,50 2,00 2,50 usw

Loefts Hof Merseburger Straße 54
Freitag, den 4. Dezember 1925
Schlachtefest
Es laden freundlichst ein 4139
Otto Freundlieb und Frau

Seefische - Volksnahrung
denn wirklich frische Ware kostet nur ⅕—¼ des Fleisches und ist ebenso nahrhaft
Aus morgen eintreffendem Waggon:

Goldbarsch ohne Kopf, ℔ 22 ₰
Kabeljau o. Kopf, mittel 30 ₰
Kabeljau o. K., groß, ℔ 45 ₰
Schellfisch o. Kopf, groß 50 ₰
Bratscholle .... ℔ 30 ₰
Karbonaden, bratfertig ℔ 60 ₰
Scholle, Rotzungen, Austernfisch Heilbutt, Steinbutt, Seezungen
Täglich frische **Räucherwaren**
Riesenauswahl in
Fischkonserven und Oelsardinen
Beachten Sie unsere Schaufenster

Stadt-Theater
Heute Donnerstag 7½ Uhr
Hänsel u. Gretel
hierauf:
Nürnberg. Puppe
Ende 11 Uhr
Freitag 7½ Uhr
Jugendfreunde
Ende 10½ Uhr
Sonnabend 7½ Uhr
Hamlet

Wringmaschinen spart ... jetzt neue Walzen ein
Otto Sparmann,
neben Walhalla.
Fernspr. 6504

Zur 1973
Weihnachtsbäckerei
empfiehlt sämtliche
Backartikel
in besten Qualitäten zu billigsten Preisen
Alfred Hossack, Weißenfels
Fernruf 133 Jüdenstraße 26
Alleinverkauf der anerkannt vorzüglichen „Milka"-Margarine mit Gutscheinen

Weißenfels
Edeltannen u. Fichten
größte Auswahl, billigste Preise
empfiehlt 1364
der Arbeiterschaft sowie allen Turn- und Sportgenossen
Karl Kraft
Stand: Ecke Merseburger- Gutenbergstr.

Billiger Aepfelverkauf
10 Pfund 1 Mk. 4134
Ferner: Kuchenäpfel, Weihnachtsäpfel, Winteräpfel
Verkauf Freitag und Sonnabend von 9 Uhr vorm. bis 3 Uhr nachm.
Domplatz 5, im Hof

Dem vielhundertfachen Wunsche unserer Kunden, den
Jubiläums-Verkauf
mit seinen Preisvorteilen heute nicht zu schließen, sondern
Freitag und Sonnabend
fortzuführen, wollen wir nachkommen. Wir empfehlen, die kaum wiederkehrende Gelegenheit zum günstigen Einkauf wahrzunehmen
Goldstein, Eisleben

Breitensträters
Meisterschaftskampf
gegen
Samson-Körner
ab heute im
O.T. Lichtspiele, Steinweg 12

AUF **Teilzahlung**
mit wirklich leichtesten Verkaufsbedingungen aus großem Lager in allen Abteilungen
Damen-Mäntel u. -Kleider
Pelze, Schuhe, Herren-Ulster, Anzüge
Wäsche jeder Art
Wäsche- u. Konfektions-Vertrieb Halle a. S.
I. Etage Große Ulrichstr. 4/5. I. Etage
Kleine Anzahlungen — Niedrigste Abzahlungen

Zurückgekehrt vom Grabe unseres lieben Entschlafenen **Fritz Albrecht** sagen wir allen Verwandten u. Bekannten unseren aufrichtigen Dank. Besonders Dank Herrn Pastor Stütz und den lieb. Schwestern. Dank der Fa. Sinapia sowie d. Angestellten u. Arbeitern für die erwies. Aufmerksamkeit und dem Intern. Bund der Kriegsbeschädigten für das letzte Geleit und alles Gute 4145
In tiefer Trauer
sein herzensgutes Töchterchen.
Familien Wartmann u. Felsberg
Schwer war für dich das Leben,
Krankheit, Schmerzen, drückten mehr
Freude war dir nicht gegeben,
Denn du littest ja zu sehr.
Mit Geduld hast du getragen,
Ein ganzes Jahr die große Qual,
Bis der Tod dich nun erlöste,
Hier aus diesem Jammertal

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen **Franz Lehmann** sagen wir allen Verwandten und Bekannten unseren aufrichtigsten Dank. Besonders Dank seinem werten Chef, Beamten, Angestellten und Arbeitskollegen der Firma Weise & Söhne. Dank dem Genossen für seine sinnreichen Worte am Grabe sowie allen denen vom RFB. anwesenden Kameraden. Dank der Ortsgruppe der KPD. Lettin und dem Arbeiter-Bildungsverein Lettin letzterem noch besonders Dank für den erhebenden Gesang am Grabe sowie der Musikkapelle von Dölau
Lettin, den 3. Dezember
In tiefer Trauer
4146 **Die Hinterbliebenen**

Genossenschafter! GEG-Waschmittel sind die besten und billigsten!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251203-14/fragment/page=0004

Aus den Betrieben

Die Krise in der Automobilindustrie

Ein Beispiel für die Ursachen der verschärften Arbeitslosigkeit

Die Kehrseite der Automobil-Ausstellung

Die bürgerliche Presse, die Reklametrommel rührend, ist voll von einer glanzvollen Automobil-Ausstellung am Berliner Kaiserdamm In drei großen Messehallen werden die angeblich riesenhaften Fortschritte der deutschen Automobilindustrie angepriesen. Hindenburg selbst hat die Ausstellung eröffnet. Behörden und Unternehmer sind einhellig, den großen Jahrmarkt am Kaiserdamm als einen gewaltigen Fortschritt im Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft hinzustellen.

Doch hinter diesem Glanz der Ausstellung grinst das Elend der **Massenarbeitslosigkeit.** Die Automobilindustrie, die auf der Ausstellung aufmarschiert, ist von einer schweren Krise erschüttert. Die führenden Automobilunternehmungen Daimler und Adler, Opel und Brennabor, die vor einem halben Jahr noch sich eines guten Geschäftsganges erfreuten, müssen ihre Betriebe stilllegen, müssen die Arbeit kürzen Die Apollowerke in Apolda sind stillgelegt. Die Automobilfabrik Rudolf Ley in Arnstadt, die von Steiger in Burgfrieden, sind in Zahlungsschwierigkeiten. Die Aga mit 25 Millionen Mark Schulden ist bankrott. Täglich kommen Meldungen neuer Zusammenbrüche von Automobilfabriken.

Der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft im zweiten Dawes-Jahr beginnt mit der Krise in einer Industrie, die bis vor kurzem noch von den Krisenerschütterungen fast verschont gewesen ist.

Die Vorgänge in der Automobilindustrie sind nicht nur wichtig wegen ihrer Bedeutung für die deutsche Arbeiterschaft, sondern auch weil sie in besonders zugespitzter Form die Schwierigkeiten eines großen Teils der deutschen Fertigwarenindustrie zeigen.

Die deutsche Automobilindustrie, die vor dem Kriege auf dem Weltmarkt eine wichtige Rolle spielte, wurde während des Krieges völlig auf Kriegslieferungen umgestellt. Auch nach Beendigung des Krieges trat sie nicht sofort in Konkurrenz mit den ausländischen Firmen. Das Sinken der deutschen Währung verhinderte die Einfuhr fremder Motorwagen und gab den deutschen Fabrikanten die Möglichkeit, auf dem Weltmarkt eine Schleuderkonkurrenz zu treiben. Dazu kam, daß der inländische Absatz während der Inflationsjahre eine stürmische Steigerung dadurch erfuhr, daß ein Heer von Schiebern und Parasiten auf dem Umwege über die Reichsbank aus den Taschen der Arbeiter, durch Enteignung der Rentner- und Mittelschichten, sich Mittel zu einem Luxusaufwand verschaffte, der zu einem Teil in Automobilen angelegt wurde. So konnte es kommen, daß in den letzten Jahren zahlreiche neue Automobilfabriken entstanden und alte Firmen große Betriebserweiterungen vornahmen, obwohl sämtliche Fabriken noch nach vorsintflutlichen, ganz veralteten Methoden arbeiteten, die von der ausländischen Konkurrenz längst überholt waren.

In der Automobilfabrikation des Auslandes, ganz besonders aber Amerikas, waren nämlich während dieses Jahrzehntes gewaltige technische Umwälzungen vor sich gegangen. Den Hauptantrieb gab die Kriegskonjunktur in den Vereinigten Staaten, die eine große Nachfrage nach Automobilen schuf. Die hierdurch bedingte Vergrößerung der Erzeugung wurde von verschiedenen amerikanischen Automobilfabrikanten, besonders von Henry Ford, zu einschneidenden technischen Verbesserungen der Produktion, ausgenutzt. Durch Zerlegung des Arbeitsvorganges in kleinste Teiloperationen, wurde die Möglichkeit geschaffen, die menschliche Tätigkeit weitgehend durch besonders konstruierte Spezialmaschinen zu ersetzen. Durch Zuweisung einer jeden einzelnen, möglichst vereinfachten Teilarbeit an einen besonderen Arbeiter und selbsttätigen Transport des Werkstückes von einem Arbeitsplatz zum nächsten, sowie durch eine genau durchdachte Konstruktion des Betriebes wurde die Produktivität und die Intensität der menschlichen Arbeitskraft ins Ungemessene gesteigert und zugleich der **Anteil des Arbeitslohnes** am fertigen Produkt auf ein Minimum **herabgesetzt.** Ford ging bei dieser Mechanisierung so weit, daß er in sie die Rohstoffe für die Autofabrikation einbezog: vom Baumstamm oder Erz bis zum fertigen Automobil, auf das ganze Produkt in seinen Fabriken seinen genau durchdachten Arbeitsweg.

Technischer Rückstand in Deutschland

In Deutschland wird indessen hauptsächlich noch nach den alten Vorkriegsmethoden gearbeitet. Dieser Unterschied zeigt sich in den Preisen der Produkte. Einige Beispiele verdeutlichen das:

		Preis des ungef. entsprechenden deutschen Wagens:
4-Zylinder Overland-Wagen:		
Phaeton	1 989 Mk.	5 500 Mk.
Limousine	2 751 „	7 000 „
6-Zylinder Cadillac:		
Phaeton	4 305 „	12 000 „
Limousine	5 019 „	15 000 „
4-Zylinder Ford-Wagen:		
Phaeton	1 218 „	4 800 „
Limousine	2 184 „	6 800 „

Wegen dieser gewaltigen Ueberlegenheit der amerikanischen Automobilindustrie blieb nach der Stabilisierung der deutschen Währung das Einfuhrverbot für ausländische Kraftwagen aufrechterhalten. Doch die Inflationskonjunktur war zu Ende, und damit begann trotzdem der Niedergang der deutschen Automobilindustrie: ihre technische Unterlegenheit wirkte sich aus. In der deutschen Schutzzollgesetzgebung billigte man den Automobilindustriellen sehr hohe Einfuhrzölle zu, die staffelweise innerhalb der nächsten Jahre gesenkt werden sollen. Zugleich damit wurde aber die Einfuhrbeschränkung für ausländische Automobile aufgehoben: nunmehr zeigte sich, daß trotz der hohen Zollbelastung und der hohen Frachtkosten die amerikanischen Automobile die deutschen Fabrikate immer noch niederkonkurrieren konnten.

Die deutschen Automobilunternehmer sprechen heute viel von

„Rationalisierung" und „Amerikanisierung"

der Produktion. Das dient nur als Deckmantel zur Herabsetzung der Löhne und zur kapitalistischen Verschärfung der Ausbeutung. So wie die Dinge heute liegen, ist es für die deutsche Automobilindustrie unmöglich, in absehbarer Zeit eine wesentliche Verbesserung ihrer Produktion durchzuführen. Die Ford-Motor-Compagnie stellt täglich 8000 Automobile her in einem Gesamtwert nach amerikanischen Inlandpreisen von rund 12 Millionen Mark. Das sind 3½ Milliarden jährlich. Die Buik und die Erfex-Compagnie stellen jede täglich 1200 Automobile her im Gesamtwerte von 4,5 Millionen Mark, gleich 1,3 Milliarden Mark jährlich. Dagegen beträgt die tägliche Gesamtproduktion von Opel, der größten deutschen Automobilfabrik, nur 100 Automobile mit einem auf amerikanische Preise umgerechneten Wert von etwa 200 000 Mark, gleich 60 Millionen Mark jährlich. Brennabor hat es auf 40 Wagen täglich gebracht. Nur bei einer so großen täglichen Auflage wie die der amerikanischen Fabriken ist die Aufstellung der teuren Spezialmaschinen lohnend. Nur bei solch großen Herstellungszahlen ist es möglich, die Arbeit in so kleine Teiloperationen zu zerlegen, wie es heute bei fast allen amerikanischen Automobilfabriken üblich ist. Ein überhaupt mit amerikanischen Verhältnissen zu vergleichender Verbrauch ist aber in Deutschland in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Die amerikanische Bevölkerung gibt jährlich etwa 25 Milliarden allein für ihren Automobiletat aus, was etwa 60 Prozent des gesamten Einkommens der deutschen Bevölkerung entspricht.

Dabei hat schon die ganz geringfügige Steigerung der Produktion durch die noch keineswegs völlig durchgeführte Rationalisierung die engen Schranken der Absatzmöglichkeit für den deutschen Automobilkapitalismus aufgezeigt. Die Automobilkrise ist nicht zuletzt eine „Rationalisierungskrise", eine Krise, die mit allen Symptomen der Kreditkrise zugleich alle Symptome der Absatzkrise aufweist. Der deutsche Markt ist für eine Produktion von täglich 100 Opel-Automobilen auf die Dauer nicht aufnahmefähig. Der Weltmarkt ist der deutschen Massenfabrikation in Automobilen infolge der übermächtigen amerikanischen Konkurrenz versperrt.

Amerika ist heute das reichste Land der Welt und hat zahlungsfähige Mittelschichten. Die deutschen Mittelschichten sind aber in der Inflation proletarisiert worden. Außerdem sind die amerikanischen Automobilfabriken in der Lage, langfristige Kredite zu geben und auch auf dem deutschen Markt die wenigen deutschen Autokäufer zu gewinnen, während die Krise in Deutschland den deutschen Autofabriken nicht einmal die Möglichkeit gibt, ihre Produktion etwa zu verbessern, geschweige denn, durch günstige Zahlungsbedingungen ihr Absatzgebiet zu vergrößern. So hat denn das Sterben der deutschen Automobilfabriken begonnen und mit der Festigung der amerikanischen Verkaufsorganisationen in Deutschland, sowie mit dem Abbau der hohen Schutzzölle, wie er im deutsch-italienischen Handelsvertrag für das italienische Automobilkapital vorgesehen ist, wird dieser Zusammenbruch der deutschen Automobilindustrie immer rapidere Formen annehmen.

Mit Ausnahme einiger weniger ganz besonders fortgeschrittener Personenwagenfabriken, sowie der Nutzwagenfabriken ist die deutsche Automobilindustrie zum größten Teil dem Untergange geweiht.

Hier erwächst den Gewerkschaften eine große und wichtige Aufgabe. Ein allgemeiner Kampf um die Herabsetzung der Arbeitszeit in allen Industrien muß vom ADGB. und von den Spitzen der großen Verbände sofort in die Wege geleitet werden, damit durch verstärkte Nachfrage nach Arbeitskräften die immer mehr zunehmenden Entlassungen in der Automobilindustrie und den damit zusammenhängenden Wirtschaftszweigen nicht den Vorspann einer verschärften Unternehmeroffensive bilden können. Die Gewerkschaften können mit der Durchführung ihrer Aufgabe nicht warten, bis die Katastrophe da ist, und sie von den Ereignissen überrascht werden. Wenn sie nicht sofort Maßnahmen treffen, um der drohenden Gefahr die Spitze abzubrechen, machen sie sich mitschuldig an der Senkung der allgemeinen proletarischen Lebenshaltung, die zweifellos eine Folge ihres Versagens sein würde.

Gewerkschaftsarbeit einer Betriebszelle

(Auszug aus einem Artikel in Nr. 2 des „Parteiarbeiter")

Einen besonders großen Aufwand von planmäßiger und gründlicher Arbeit beansprucht in den nächsten Monaten **die Gewerkschaftsarbeit im Betrieb und Verband.** Wir stehen hier vor mannigfaltigen und schwierigen Aufgaben. Ihre Bedeutung ist hinlänglich bekannt. Es kommt nur darauf an, nach wohlüberlegten Methoden zu arbeiten. In den Dienst dieser Arbeit muß die gesamte Zelle gespannt werden. Die erste Arbeit muß sein, die Feststellung des Organisationsverhältnisses des Verbandes im Betrieb. Denn ohne eine gründliche Uebersicht ist eine planmäßige Gewerkschaftsarbeit nicht möglich. Das fordert eine rege Mitarbeit jedes einzelnen Genossen. Es ist klar, daß bei dieser „Durchschnüffelung" des Betriebes an und für sich schon dieser oder jener Genosse, sympathisierender und sozialdemokratischer Kollege „entdeckt" wird, an dem die aktiven Genossen bisher achtlos vorbeigingen. Es sei hier zur Illustration ein Beispiel planmäßiger Organisationsarbeit angeführt, das erst die Grundlage schaffte, um unsere Aufgaben in den Betrieben und in den Gewerkschaften erfüllen zu können.

Vor den Genossen der maßgebenden Industrie am Orte stand die Aufgabe: **Vorbereitung und Durchführung der Wahl der Vertrauensleute und der Ortsverwaltung.** Die Fraktionsleitung gab drei Monate vor der Wahl einen Fragebogen an 62 Zellen der in Frage kommenden Industrie. Das Ergebnis von 48 ausgefüllten Fragebogen war folgendes:

1. In den 48 Betrieben sind 28 010 Beschäftigte.
2. Davon sind organisiert in freien Gewerkschaften 5564.
3. In den 48 Betrieben arbeiten 911 Genossen, von denen
4. 173 noch nicht gewerkschaftlich organisiert sind.
5. Von den 5564 Organisierten sind weiter 1700 SPD.-Kollegen,
6. 1352 Sympathisierende mit der KPD.,
7. 1361 Sympathisierende mit der SPD.
8. Es sind im vorigen Jahre in diesen 48 Betrieben 49 KPD. und
9. 164 SPD.-Vertrauensleute gewählt worden.

Erreicht wurde mit dieser Arbeit:

1. Daß unsere Genossen eine klare Uebersicht über die Organisation in ihren Betrieben erhielten.
2. Eine Uebersicht über die noch nicht organisierten Genossen.
3. Die Feststellung des gegenseitigen Kräfteverhältnisses.
4. Stellte sich einwandfrei heraus, daß nur ein Drittel der Gewerkschaftskollegen politisch organisiert sind, während zwei Drittel politisch — indifferent sind.
5. Ist dadurch erwiesen, daß die Anzahl **unserer Vertrauensleute in keinem Verhältnis zu unserer Stärke steht.**

Weiter war als Erfolg eine gute Verbindung zwischen Fraktionsleitung und Betriebszelle zu buchen. Die Leitung war in 38 Zellensitzungen, die innerhalb acht Wochen stattfanden, persönlich anwesend. Ein weiteres Ergebnis war ein gesteigertes Interesse der Genossen an der Gewerkschaftsarbeit im allgemeinen und an der Fraktionsarbeit im besonderen. Geschaffen ist dadurch die Plattform, die notwendige Grundlage zur Durchführung der Wahl.

Zwar vermindert sich die Zahl der gewerkschaftlich unorganisierten Genossen von Woche zu Woche jedoch ist die Fraktionsleitung in Verbindung mit den Zellenleitungen ernstlich bemüht, auf dem schnellsten Wege die Genossen restlos der Organisation zuzuführen. **Daß der Verband im dritten Quartal über 1000 neue Mitglieder gewonnen hat, dürfte nicht zuletzt ein Erfolg unserer vorerwähnten Aktionen sein.**

K. Sch., Chemnitz.

Ein Beispiel zur Nachahmung

Die Belegschaft der Maschinenfabrik Rabowski geschlossen in der Parteioffensive

Die Belegschaft der Firma Rabowski, Maschinenfabrik, Berlin, in Stärke von 20 Mann, die fast ausschließlich aus Nichtkommunisten besteht, hat sich einmütig bereit erklärt, für die Dauer der Parteioffensive wöchentlich pro Mann 50 Pfennig für den „Partei-in-Not"-Fonds beizusteuern. Nur drei Mann der Belegschaft, die anscheinend noch nicht erkannt haben, daß die Stärkung der KPD. gleichzeitig eine Stärkung der Arbeiterschaft bedeutet, haben sich bisher diesem Entschluß der Belegschaft nicht angeschlossen.

Dieser Entschluß der Belegschaft von Rabowski zeigt mit aller Deutlichkeit, wie das Vertrauen der Arbeiterschaft zur Kommunistischen Partei wächst. Wenn jeder Kommunist an seiner Arbeitsstelle seinen Kollegen beweist, daß nur die Kommunisten sich um die Nöte und Leiden der Arbeiterschaft bekümmern und mit ihnen für deren Beseitigung kämpfen, dann wird dieses Beispiel auch in den übrigen Betrieben Nachahmung finden.

Den Genossen in den Betrieben sollte dieses Beispiel ein Ansporn sein, mit verdoppelter Kraft die Parteioffensive auch auf die mit uns sympathisierenden Arbeiter auszudehnen. **Die Arbeiter müssen erkennen, daß unser Kampf ihr Kampf ist.** Alle diejenigen Arbeiter, die am 25. Oktober kommunistisch gewählt haben, müssen von unseren Genossen darauf hingewiesen werden, daß sie ihr Vertrauen zur Kommunistischen Partei bekräftigen können durch weitestgehende Unterstützung der Partei, indem auch sie ihr Opfer in der Parteioffensive bringen. Dann wird die Partei aus der Kampagne, die sie jetzt führt, nicht nur finanziell, sondern auch politisch gestärkt hervorgehen.

Darum alle Kräfte eingesetzt, damit die Parteioffensive zu einem vollen Erfolg in den Betrieben führt.

Opfer der Bubiagwerke

Emanuelgrube

Am Sonnabend, dem 28. November, verunglückte der Arbeiter Gustav Hinzer aus Lindenau. Er geriet zwischen die Puffer und ist an demselben Tage noch an seinen Verletzungen gestorben, Er hinterläßt Frau und vier Kinder.

In der Nacht von Sonnabend auf Sonntag ist der Arbeiter H. Kaiser aus Naundorf zu Schaden gekommen. Er hat sich bei der Verladung einen Arm ausgekugelt und das Schulterblatt verletzt.

Menschenunwürdige Zustände in einer Bitterfelder Tonröhrenfabrik

(Arbeiterkorrespondenz)

Die Profithyänen aller Industrien versuchen u. a. auch auf Kosten der hygienischen Einrichtungen in den Betrieben ihre Profitrate zu erhöhen. Am leichtesten wird das den Industriebaronen in solchen Betrieben, in denen der freigewerkschaftliche Zusammenschluß schlecht ist. Besteht die Belegschaft noch aus solchen unterwürfigen Arbeitern, wie das auf die meisten Stahlhelmmänner zutrifft, dann ist es schließlich auch möglich, daß noch nicht einmal der tarifliche Lohn gezahlt wird. Ein Musterbetrieb dieser Art ist die **Tonröhrenfabrik von Heinrich August Pilz in Bitterfeld.**

Betritt man z. B. den Waschraum, so weiß man nicht recht: ist es ein Schweinestall oder der Raum eines Lumpenhändlers. Die Waschgefäße bestehen aus Tontrögen, die sich von Schweinetrögen nur durch bedeutend mehr Schmutz unterscheiden. Ein Schwein verlangt einen sauberen Trog, sonst verweigert es das Futter. Die Arbeiter des Herrn Pilz aber sind damit zufrieden, wenn Ihr Schweinetrog alle halben Jahre einmal gereinigt wird. Der Waschraum dient zugleich als Ankleideraum. In den letzten Jahren ist es häufiger vorgekommen, daß verschiedene Arbeiter die Arbeit aufgaben und ihre unbrauchbar gewordenen Arbeitsblusen und -hosen Herrn Pilz als Andenken überließen. Diese Lumpen liegen in allen Winkeln des Waschraumes verstreut, ohne daß sich jemand findet, der sie beseitigt, dazu schmutzige Putzwolle, Papier, Mauersteine und dergleichen mehr. Eine ebenso traurige Waschgelegenheit haben die Arbeiter, die vor den Feuern stehen. Sie, die durch ihre Arbeit mit Flugasche und Kohlenstaub von oben bis unten schmutzig werden, müßten doch eigentlich ein tägliches Bad haben. Aber ebensowenig, wie Herrn Pilz ein Papierkorb bekannt ist, weiß er etwas von Betriebsbadeeinrichtungen. Dafür hat der gnädige Herr den Feuerarbeitern einen Eimer zum Waschen zugebilligt. In einem unerhörten Zustand befindet sich auch der Abort, der für die Männer und Frauen gemeinsam ist und nicht einmal zugemacht werden kann.

Die Arbeiter scheinen nicht zu wissen, daß der Mensch sich vom Tier durch seine Vernunft und Kultur unterscheidet, sonst könnten sie sich diese Verhältnisse nicht eine Minute länger gefallen lassen. Es wäre an der Zeit, daß auch der Herr Gewerbeinspektor sich schnellstens auf die Beine macht und Herrn Pilz einmal gründlich auf seine Pflichten hinweist. Die Belegschaft muß sich klar sein, daß in dem Betrieb die Verhältnisse sich erst dann bessern, wenn sie sich zur Wehr setzen und schließlich genau so wie in Rußland den Betrieb in eigene Regie übernehmen. Damit dies recht schnell geschieht, ist es Pflicht, sich in die Kampffront der KPD. und in die freie Gewerkschaft einzureihen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251203-14/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis

Drohnen-Frechheit

Die „Allgemeine Zeitung“ hat es mal wieder mit der moralischen Entrüstung. Worüber? Ueber das „Bettelunwesen“, das einer Zeitung, die einstmals Stinnes-Eigentum gewesen, natürlich am meisten in die Augen sticht. Das Bettelunwesen grassiert aber auch und besonders in Halle. Man denke dabei nur an die halbe Million, die Graf Luckner von den Hallensern und Mitteldeutschen zusammenschnorrt und an Herrn Eckener, der gerade **heute in unsern Mauern Reklamewimpel für den neuen Zeppelin** schwingt. Aber hierüber regt sich die „Allgemeine Zeitung“ nicht auf. Wo wird sie auch. Sie muß große Bogen — — schreiben über arme Teufel von **Handwerksburschen, die auf der Walze sind und sich ihren trocknen Hanf mit Gitarrespielen auf den Höfen verdienen.** Die „Allgemeine Zeitung“ freut sich nun diebisch, daß die Polizei mehr als früher hinter solchen Proleten her ist. Und dann beschimpft sie diese wahrhaftig nicht beneidenswerten Menschen wie folgt:

„Und da ergibt sich: die Sänger sind Landstreicher, Arbeitsscheue, die großenteils schon ein umfangreiches Strafregister haben. Mit einer Gewandtheit gehen sie der Arbeit aus dem Wege, daß man staunen muß. Wie sich aus der Invalidenkarte ergibt, kommen die sangesfrohen Herrschaften vollständig mit ein paar Tagen Arbeit im ganzen Jahr aus. Bei einem Trio, das man jetzt verhaftet hat, liegen die Dinge ganz ähnlich, „Arbeet?“ Die Leute, obwohl gelernte Handwerker, wußten sich auf ihren letzten Meister nicht mehr zu besinnen. Ja, mal zwei Tage bei einem Bauern zur Ernte. Aber sonst — Arbeit —, brrr! Die „Kunst“ bietet ihnen leichteres Brot.“

Wir empfehlen dem AZ.-Reporter, die von der „Allgemeinen Zeitung“ gestellten Fragen einmal an die **Aktionäre der Riebeck-Montan-Werke** zu richten, jene Klassen- und Gesinnungsgenossen des schwarzweißroten „Kamerad“ Leopold, der ja Herrscher in der „Allgemeinen Zeitung“ spielt. „Arbeet?“, werden sie antworten. Obwohl mit allen Schikanen erzogen und mit akademischem Klimbim vollgepfropft, wissen sie sich auf sowas nicht zu besinnen. Ja, mal zwei Tage Couponschneiden. Aber sonst — Arbeit — brrr! Die Ausbeutung der Arbeiter und die Schaffung der industriellen Reservearmee bietet leichteres Brot.

Da wird der AZ.-Reporter vielleicht entsetzt von dannen stürzen ob der Gleichartigkeit des Gehörten. Wenn er aber noch nicht genug hat, mag er sich doch in dieser Schneekälte ein paar Stunden von Hof zu Hof rumtreiben, mit klammen Fingern, an denen keine pelzgefütterten Handschuhe sitzen, Gitarre schlagen und mit ausgedörrter Kehle singen. Ob er dann auch noch glaubt, daß die Sänger aus Arbeitsscheu ihr trauriges Tagwerk betreiben?

Olf.

Unterstützt die Winterhilfsaktion!

Wenige Wochen noch, und wieder steht das Weihnachtsfest, das Fest der „christlichen Nächstenliebe“, vor der Tür. Nach sitzen tausende proletarische Kämpfer hinter Zuchthaus- und Gefängnismauern.

Die Hindenburg-Amnestie, dieser unerhörte Betrug an den proletarisch-politischen Gefangenen, der darum noch viel schlimmer ist, weil selbst so viele Gefangene daran geglaubt haben, bedeutet nichts weiter, als eine Stabilisierung der Klassenjustiz und Justizschande. Weiter sind die Frauen und Kinder ihres Ernährers beraubt. Die Grausamkeiten des fürchterlichen Strafvollzuges vollziehen sich nicht nur an den in den Kerkern schmachtenden Revolutionären, sondern noch grausamer ist die Wirkung auf die Familien der Justizopfer. Die herrschende Klasse fragt nicht danach, ob Frauen und Kinder zugrunde gehen. Der Dawes-Plan und die Steuerpolitik der Regierung wirken heute schon in den Kreisen der arbeitenden Bevölkerung sich so aus, daß sie nur ihr nacktes Leben fristen, und um so schwerer muß die Last auf die Familien drücken, wo der Ernährer dadurch, daß er für die Befreiung des Proletariats kämpfte, im Kerker sitzt.

Die Rote Hilfe hat es sich zur Aufgabe gemacht, Millionen in ihrer Organisation zusammenzuschließen, um den Kampf zu organisieren zur Befreiung der Freiheitskämpfer. Es ist aber auch Aufgabe der RH., ein Solidaritätswerk zu vollbringen an den Frauen und Kindern der Justizopfer, um die Rache der herrschenden Klasse an diesen Opfern herabzumildern.

Wir haben im Bezirk Halle-Merseburg noch 55 Familien mit ca. 200 Kindern zu unterstützen, ihnen wollen wir ein Weihnachtspaket zurecht machen. Wir fordern alle auf, sich an diesem Hilfswerk zu beteiligen. Es werden hauptsächlich für die Kinder warme Unterwäsche wie Hemden, Strümpfe, Hosen, Schuhe usw. benötigt. — Auch wird jede kleinste Geldgabe gern entgegengenommen.

Darum, Arbeiter, Angestellte,

helft mit an diesem Solidaritätswerke!

Die Verteilungskommission: Dörbeck, Schwenkhammer.
Rote Hilfe. Bureau: Lerchenfeldstraße 14.

Einheitlichkeit in der Verkehrsregelung

Neue Verkehrszeichen

Der Polizeipräsident gibt bekannt:

Um eine Einheitlichkeit in der Verkehrsregelung zu erzielen, werden vom 7. Dezember 1925 an von den Polizei-Verkehrsbeamten in Halle neue Verkehrszeichen angewandt werden, wie sie in Berlin seit längerer Zeit bestehen und sich bewährt haben.

1. Achtungszeichen. Hochheben eines Armes.

Auf dieses Zeichen darf in der bisher freigegebenen Richtung kein Fahrzeug mehr die Straßenkreuzung überfahren. Die bereits auf der Straßenkreuzung befindlichen Fahrzeuge haben sie schnellstens zu verlassen. Die Fahrzeuge der freiwerdenden Straße haben sich zum sofortigen Anfahren fertig zu machen.

2. Haltezeichen. Seitliches Ausstrecken eines Armes oder beider Arme.

Rücken oder Brust des Beamten sind dem aufzuhaltenden Verkehr zugewendet. Falls der Verkehr nur aus einer Richtung aufzuhalten ist, ist der Rücken des Beamten grundsätzlich diesem Verkehr zugewendet. Die Fahrzeuge haben vor der Straßenkreuzung zu halten.

3. Fahrzeichen. Winken in der Fahrtrichtung bedeutet freie Fahrt.

Der Beamte steht mit der Schulterfront parallel zur Richtung des Verkehrs. Er streckt dann einen Arm seitlich aus, Handfläche nach vorn und winkt in der Fahrtrichtung, indem er die Hand in einem Kreisbogen am Körper vorbei führt, bis sie fast die andere Schulter berührt.

4. Verbindung von Haltezeichen und Fahrzeichen.

Während ein Arm das Haltezeichen gibt, kann mit dem anderen Arm ein Fahrzeichen gegeben werden.

5. Fußgängerverkehr.

Bei starkem Verkehr an Kreuzungspunkten wird der Fußgängerverkehr in Uebereinstimmung mit dem Wagenverkehr geregelt. Mit der Freigabe einer Fahrtrichtung haben auch die Fußgänger den Fahrdamm zu überschreiten. Falsches Ueberschreiten der Kreuzung wird zur Vermeidung von Gefahr für den Fußgänger- und Wagenverkehr nicht geduldet werden.

6. Auskunftserteilung.

Grundsätzlich hat sich der Verkehrsbeamte nur mit der Regelung des Verkehrs zu befassen. Von dem Publikum erbetene Auskunft ist deutlich, aber so kurz wie möglich, zu erteilen. Die Verkehrsregelung darf nicht darunter leiden. Ist ein anderer Polizeibeamter in der Nähe, so wird das Publikum dorthin verwiesen.

7. Mitarbeit des Publikums.

Von der Einsicht des Publikums darf erwartet werden, daß es durch willige Befolgung der Verkehrsanordnungen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und damit zur Verringerung der Unfallziffer beiträgt.

Stahlhelm-Spritschieber Rutschke sucht „verständige“ Richter

Berufungsverhandlung vor der Strafkammer

In dem Stahlhelmer Rutschke hat sich ein typisches „staatserhaltendes“ Element gezeigt, das vor lauter Vaterlandsliebe am liebsten gleich das ganze liebe Vaterland in die eigene Tasche gesteckt oder verschoben hätte. Der Spritschieber Rutschke war bekanntlich im August vom Schöffengericht wegen fortgesetzten Betruges zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr und 9 Monaten sowie zu einer Geldstrafe in Höhe von über 700 000 Mark verurteilt. Man glaube ja nicht, daß die hallischen Richter diesen völkischen Helden besonders scharf angefaßt haben. Rutschke und seine Kumpane haben den Staat um Riesensummen betrogen, deren wirklicher Betrag sich wohl schwerlich feststellen lassen wird. Jedenfalls handelt es sich um große Summen, die Rutschke zu „verdienen“ wußte und von denen er nichts oder doch nur einen geringen Betrag zurückzugeben bereit ist. Aus diesem Grunde hatte er schon im August Berufung eingelegt. Eine zweite Verhandlung fand dieser Tage vor der Strafkammer statt.

Der Sachverhalt wird unseren Lesern noch in Erinnerung sein. Es handelt sich kurz um folgende Vorgänge: Rutschke, der erst 1922 nach Halle kam, verstand das Geld „verdienen“ aus dem ff. So war es ihm schon 1923 möglich, eine Likörfabrik zu gründen, auf die die Konkurrenz mit neidischen Blicken sah. Rutschke-Likör war gut und verhältnismäßig billig. Als echter Stahlhelmer taufte er auch eine dieser Likörsorten mit dem Namen „Stahlhelmtropfen“, die in den vaterländischen Kreisen reißenden Absatz fand. Rutschkes Konkurrenten sollen immer darüber nachgedacht haben, wie es Rutschke wohl fertig bringt, seine Ware zu einem so billigen Preis abzusetzen. Der Knoten wurde in der vorhergehenden Verhandlung vor dem Schöffengericht gelöst. Rutschke hatte vom Reichsmonopolamt die Genehmigung erhalten, 6250 Liter Exportsprit zu entnehmen, der nur für Auslandslieferung in Frage kommt und den er aus diesem Grunde zu bedeutend ermäßigtem Preise erhielt. Rutschke ließ diesen Likör aber nur bis an die Grenze transportieren und ließ ihn dann auch im Inland verkaufen. Das Reichsmonopolamt wurde durch gefälschte Unterlagen getäuscht. Das war das Rezept des Stahlhelmers Rutschke, der auf diese Art den Staat um erhebliche Summen betrog.

Rutschkes Berufung gegen das Urteil des Schöffengerichtes richtet sich weniger gegen die Gefängnisstrafe, von der ja ohnehin durch die erlittene Untersuchungshaft 11 Monate als verbüßt betrachtet werden können, als hauptsächlich gegen die 700 000 Mk. Geldstrafe, die er zahlen soll, und für die er im Nichtbeitreibungsfalle für je 2500 Mk. einen weiteren Tag sitzen soll. (Arbeitern wird ein solcher Tag mit 5 bis 10 oder höchstens 20 Mk. angerechnet.) Herr Rutschke ist aber mit seinem Urteil nicht zufrieden und macht die krampfhaftesten Anstrengungen, um die Geldstrafe erheblich zu reduzieren. Als Begründung hierzu führt er an, daß ein Teil der Spritlieferung aus der Inflationszeit und ein Teil aus der Rentenmark-Zeit stamme und die Berechnung der Indexziffer zwischen Auslands- und Inlandssprit eine falsche sei. Außerdem seien 2000 Liter von seinem Helfershelfer Petrus ohne sein Wissen verschoben, wofür er nicht verantwortlich gemacht werden will. Im übrigen markiert er den Verführten und bezeichnet als die wahren Urheber dieser Engros-Schiebung seine damaligen Helfer Reich und Petrus, die natürlich nicht aufzufinden sind.

Die Verhandlung war des öfteren sehr erregt oder man tat wenigstens so, denn daß Rutschke mit seiner Berufung etwas erreichte, war schon zu erkennen, als die verschiedenen Zeugen und Sachverständigen selbst zugaben, eine genaue Berechnung des jeweiligen Index jetzt nicht mehr vornehmen zu können. Auch der Herr Staatsanwalt schien sich unnötig zu ereifern. Er war auch zuletzt der Ansicht, daß das erste Urteil in einigen Punkten abgeändert werden müsse. Die Verhandlung wurde schließlich vertagt, um eine genaue Berechnung des Zollamtes zu erlangen. Das Urteil wird noch bekanntgegeben.

Hallische Tageschronik

Am 1. Dezember, gegen 7½ Uhr vormittags, wurde der Feuermelder in der Bahnhofstraße in Trotha von einem unbekannten Täter unbefugt in Tätigkeit gesetzt.

*

Am 1. Dezember, gegen 1 Uhr nachmittags, wurde auf der Straße Steg ein Schüler, der von einem anderen Knaben vor die Pferde eines Rollwagens gestoßen worden war, überfahren. Er erlitt einen Beinbruch und wurde mittels Krankenwagens dem Krankenhause zugeführt.

*

Am 30. November, gegen 7 Uhr nachmittags, stürzte in der Reilstraße ein 68jähriger Mann beim Aufhängen von Wäsche auf dem Trockenboden infolge Fehltritts durch die Bodenluke herab und zog sich hierbei Quetschungen zu.

*** Oberbezirk Süd: Sonnabend, den 5. Dezember, abends 8 Uhr, Proletarischer Unterhaltungsabend in Loest's Hof (Freundlieb) zum Besten der Weihnachtsbescherung der Roten Hilfe. Alle Genossinnen und Genossen sind hierzu eingeladen.**

*** Verloren.** Am Dienstag, dem 1. Dezember, wurde von einem Invaliden ein Handwerkskasten mit div. Handwerkszeug auf dem Wege von Torstraße bis Mittelwache verloren. Der Finder wird gebeten, dieses Handwerkszeug auf dem Ortsbureau der KPD. abzugeben.

Konzert des hallischen Kinderchors

Am Freitag, dem 4. Dezember, veranstaltet der 1924 gegründete Hallische Kinderchor im großen Saale des „Volkspark“ sein erstes **Gesangskonzert.** Der Chor hat sich in der kurzen Zeit seines Bestehens unter der Leitung des Gesangspädagogen Staudigl sehr gut entwickelt. Vorbild war dem Chor die gute Leistung des Dessauer Kinderchors, dessen Konzert in Halle allseitige Begeisterung hervorgerufen hatte. Als Mitwirkende sind auf dem Programm die Herren Edwin Müller (Violine) und Herbert Schulze (Klavier) verzeichnet.

Programme sind noch im Vorverkauf zum Preise von 75 Pfennigen bei den Mitgliedern des Chors zu haben. Unterstützt die kleinen Sänger und Sängerinnen.

Neue Arbeiter-Literatur

Der neue Urania-Kalender 1926

Nicht nur darum neu, weil die Urania-Verlagsgesellschaft in Jena erstmalig einen Kalender auf den Tisch des Bücherfreundes legt oder weil das neue Jahr viele gute und schlechte Kalender mit sich bringt, sondern, weil dieser Kalender inhaltlich, sowie auch in seiner Zusammenstellung von den bisherigen Kalendern teilweise erheblich abweicht. Wissenschaftliche, unterhaltende Beiträge, Tabellen und Statistiken in gedrängter Form, dennoch übersichtlich und zum guten Verständnis ausreichend, füllen den Platz aus, der bei den üblichen Kalendern von unbrauchbarem und nutzlosem Material eingenommen wird. Die verschiedenen Tage des Kalendariums sind mit Merkmalen über wichtige Ereignisse versehen, wobei für die werktätige Bevölkerung wichtige Daten ganz besonders berücksichtigt wurden. Sehr wertvoll sind einzelne naturwissenschaftliche Aufsätze, von denen viele zum besseren Verständnis mit Illustrationen und Zeichnungen versehen sind. Mehrere Seiten für Notizen, genügender Raum für kurze Bemerkungen an den einzelnen Kalendertagen, ein gefälliges Format, sowie der dauerhafte Glanzleinenumschlag machen das **kleine Buch besonders wertvoll** und empfehlenswert.

Der Kalender ist zum Preise von 3 Mark, für Urania-Abonnenten gegen Einsendung des Gutscheins für 2 Mark, von der Urania-Verlagsgesellschaft mbH. Jena zu beziehen.

Trz.

Das neue Heft der „Kommunistischen Internationale“

Soeben erschien, infolge technischer Schwierigkeiten etwas verspätet, Heft Nr. 9 der „Kommunistischen Internationale“. Inhalt: Lenin: Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur Agrarfrage. R. Luxemburg: Entweder — oder! Boschkowitsch: Der Kampf um die Bauernschaft in Jugoslawien. Waletzki: Der Marseiller Kongreß der 2. Internationale. A. Losowski: Paris — Breslau — Scarborough. S. Strumilin: Erfolgt eine Sozialisierung der Wirtschaft in der USSR.? E. Genari: Die politische Lage in Italien und die Kommunistische Partei. O. Schaflo: Die norwegische Arbeiterpartei und die Evolution Martin Tranmaels. Al. Budalesco: Aus der rumänischen Folterkammer. P. L—r: Wie Genosse Maslow Lenin kommentiert Bibliographie.

(„Die Kommunistische Internationale“ Verlag Carl Hoym Nachf. Hamburg 36 — Berlin NW 6.)

Ein Lesebuch für Arbeiterkinder

Um einem dringenden Bedürfnis abzuhelfen und um den Arbeiterkindern ein gutes Buch zu geben, gibt die Leitung der kommunistischen Kinderbewegung „Jung-Spartakus-Bund“ ein Lesebuch, welches zugleich ein Kalender ist, heraus. Es ist etwa 120 Seiten stark, mit vielen Illustrationen versehen, enthält proletarische Erzählungen und Märchen, sowie manches Lustige und Unterhaltende und kostet nur 1,20 Mk. Da es in den ersten Tagen des Dezember erscheint, kommt es gerade noch zu Weihnachten heraus. Jeder Arbeiter sollte dieses Buch, welches im Verlag „Junge Garde“ erscheint, seinem Kinde kaufen.

Das Proletarische Kind, Nummer 8/11

ist soeben erschienen und enthält ungekürzt sämtliche Beschlüsse der 2. Internationalen Konferenz der Kommunistischen Kinderorganisationen, die Ende September in Moskau tagte. Da die Beschlüsse grundlegend sind für die gesamte Arbeit der Kommunisten unter **der Kinder und für die Arbeit des Jung-Spartakus-Bundes,** ist das Heft von größter Wichtigkeit für alle Genossen, die in der kommunistischen Erziehungsarbeit tätig sind. Außer anderen Artikeln enthält das Heft noch einen besonders wichtigen Artikel über die Arbeit der jungen Leninschen Pioniere Sowjet-Rußlands, jener 1½-millionenköpfigen Kinderorganisation, die die Bewunderung aller erregte, die sie jemals sahen. Preis 25 Pf. — Zu beziehen durch die Literaturobleute oder durch die Parteibuchhandlung, Lerchenfeldstraße 14.

Theater und Konzerte

Wiederholung der „Schwefelblüte“

Die Proletarische Tribüne teilt uns mit, daß sie sich durch den großen Erfolg der Erstaufführung der „Schwefelblüte“, sowie durch zahlreiche Wünsche aus den Arbeiterkreisen veranlaßt sieht, das Stück demnächst nochmals zur Aufführung zu bringen. Der Tag und das Lokal der Aufführung wird noch bekanntgegeben.

Thaliatheater. Im Thaliatheater geht am kommenden Sonntag noch einmal Hans Müllers Komödie „Der Tokaier“ in Szene.

Walhalla-Theater. Das Dezember-Programm wird durch Reifenspiele der zwei Bramsons eingeleitet. Neue Jongleurkunststücke bringen die beiden Artisten nicht. Jedoch sind sie Meister in ihrem Fach. Ihre Geschicklichkeit macht die Darbietungen zu Leistungen, die sehenswert sind und die den Beifall, den sie gestern erzielten, verdienen. Guido Gialdini, ein Kunstpfeifer, verdient den Namen „die menschliche Nachtigall“. Die Töne die er lediglich mit dem gespitzten Munde hervorbringt, könnten fast den Verdacht erwecken, daß sich dieser Künstler irgendeines Instrumentes bediene. Auch er findet reichen Beifall. Nach verschiedenen Tänzen der vier Remés und der Solotänzerin Deity Walkotte ruft Max Marzelli als grotesk-komischer Musikimitator langanhaltende Lachsalven hervor. Auch er bringt nichts Neues. Er kennt aber scheinbar recht genau das hallische Varieté-Publikum und es wird ihm leicht gemacht, sich die billige Gunst desselben zu erwerben. Ein vorgesehener Luftakt der vier Sylphiden mußte ausfallen, da das Gepäck dieser Truppe, die angeblich aus Rußland kommt, erst im Laufe des Mittwochs hier eintreffen kann. Wilhelm Hartstein, der rheinische Komiker, füllt mit seiner Gesellschaft den zweiten Teil des Programms aus. Ein Soldatenschwank „Der Stolz der 3. Kompani“ kam zur Aufführung. Man konnte viele alte, lebenswahr dargestellte Typen sehen. Z. B. der Herr Feldwebel, der aufgeblasen wie ein Truthahn aus rein persönlichen Gründen seine Untergebenen schikaniert, war in seiner Echtheit nicht zu verkennen. Wer kennt nicht diese „Spieße“? Höchstens die 17 bis 20 Jahre alten Jünglinge nicht, die mit Stahlhelm und Hakenkreuz geschmückt im Parkett saßen und den Schwank ganz als Wahrheit aufnahmen. Sie mögen es sich von wirklichen Soldaten einmal erzählen lassen, wie die Wirklichkeit aussah und warum so mancher Rekrut schon in Friedenszeiten Selbstmord verübte, um diesem barbarisch-militärischen Schliff, von dem Hartstein in seinem Schwank nicht einmal den hundertsten Teil andeutet, zu entgehen. Hartsteins Spiel und Humor ist gut. Schade, daß er sich in einem Gewande zeigt, das mit der Wirklichkeit nicht das geringste zu tun hat und in dem einige Millionen Menschen in den Tod marschieren mußten.

t—t.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251203-14/fragment/page=0006

Allgemeiner Gewerkschaftstag Halle

Am Freitag findet ein allgemeiner Gewerkschaftstag für Halle statt. Alle anderen Parteiveranstaltungen fallen aus. Jedes Parteimitglied geht zu der Sitzung seiner Fraktion.

Die Provinz- und Kreistagswahlen

Ueber die am Sonntag stattgefundenen Wahlen zu dem Provinziallandtag und den Kreistagen liegen nun fast alle Ergebnisse vor. Danach haben in allen Kreisen die Kommunisten sehr gut abgeschnitten; der kommunistische Gedanke marschiert kräftig vorwärts. Die SPD. verzeichnet vielfach einen großen Stimmenrückgang, der auch durch das Geschrei des „Volksblättchens" nicht wettgemacht werden kann. Wir haben die Zahlen zur Provinziallandtagswahl bereits veröffentlicht, auch berichtet, wieviel Mandate auf die einzelnen Parteien entfallen. Die Kommunisten, die zu Ende des verflossenen Provinziallandtages 14 Mann stark vertreten waren, haben wieder eine Fraktion von 17 Köpfen. Am meisten Stimmen haben wir erhalten im Regierungsbezirk Merseburg (132 986), während im Regierungsbezirk Erfurt auf unseren Wahlvorschlag 22 503 und im Regierungsbezirk Magdeburg 37 927 Stimmen entfielen. Demgemäß sind gewählt aus dem **Regierungsbezirk Merseburg 12 Abgeordnete**, aus dem **Regierungsbezirk Erfurt 2** und aus dem **Regierungsbezirk Magdeburg 3 Abgeordnete.** Bisher waren Erfurt durch 1 und Magdeburg durch 2 kommunistische Abgeordnete vertreten. Demnach sind folgende

Kommunisten in den Provinziallandtag gewählt:

1. Karl Lüttich (Halle); 2. Alfred Holzweißig (Wildschütz); 3. Bernh. Koenen (Merseburg); 4. Max Benkwitz (Zeitz); 5. Albert Bassümer (Piesteritz), 6. Frieda Lehmann (Halle); 7. Paul Müller (Eisleben); 8. Rich. Hirsemann (Halle); 9. Gust. Naumann (Mühlberg); 10. Anna Zäuner (Weißenfels); 11. Hugo Müller (Burgkemnitz); 12. Walter Fiekert (Naumburg); 13. Ernst Grube (Magdeburg); 14. Walter Kaßner (Magdeburg); 15. Willi Wallstab (Staßfurt); 16. Alfred Schmidt (Erfurt); 17. Fickel (Schwarza).

Die kommunistische Fraktion wird also in der gleichen Stärke einziehen wie 1921 bei der damaligen Wahl. Die SPD. hat einige Mandate verloren. Sie zählte nach der Vereinigung mit der USP. 37 Mann und war am Schlusse des Landtags 40 Mann stark. Jetzt muß sie sich mit 34 begnügen. Ihre Politik beginnt die entsprechenden Früchte zu tragen. Die Bürgerlichen sind von 56 auf 62 Mann angewachsen. Sie haben keine Ursache, von einer „bürgerlichen Mehrheit im Provinziallandtag" zu jubeln, denn diese bestand ja bisher schon. Die Bürgerliche Vereinigung (Deutschnationale und Volkspartei) hat auf Kosten der Demokraten sechs Mondate gewonnen; letztere sind von 11 auf 5 Mann zurückgegangen. Die sogenannte Mitte verschwindet auch im Provinziallandtag immer mehr.

Leider ist eine Arbeitermehrheit im Provinziallandtag nicht erreicht worden. Wenn die Arbeiterschaft mehr als geschehen angetreten wäre, hätte sich das gut erreichen lassen müssen. So wird also, wie im alten Landtag, fortgewurstelt werden: Koalitionspolitik zwischen Bürgerlichen und Sozialdemokraten zum Schaden der Arbeiterklasse.

Ueber die Wahlen zu den Kreistagen

liegen folgende Ergebnisse vor:

Kreis Merseburg

KPD. 9757 (8 Sitze), SPD. 7480 (6), **Demokr.** 2911 (3), **Nat.** Einheitsliste 9449 (8), Wirtsch. V. 3154 (3).

Kreis Querfurt

KPD. 5057 (5 Sitze), SPD. 6656 (6), **Nat. Einheitsliste** 11 909 (13), Wirtsch. V. 2826 (3).

Landkreis Weißenfels

Kommunisten 6634, Sozialdemokraten 11 727, **Bürgerliche** 15 283. Mandatsverteilung: **Kommunisten 5, Sozialdemokraten 10, Bürgerliche** 13.

Landkreis Zeitz

Kommunisten 2366 (2354), Sozialdemokraten 8209 (8848), **Bürgerliche** 6539 (8615). Verteilung der Mandate: **Kommunisten** 3 (2), Sozialdemokraten 11 (11), Bürgerliche 8 (8).

Mansfelder Seekreis

KPD. 11 167 (9 Sitze), SPD. 7281 (6), **Vaterl.-Block** 13 626 (11), Arbeitsgem. d. Mitte 2110 (2).

Mansfelder Gebirgskreis

KPD. 5867 (7), SPD. 5712 (7), Allgem. 805 (1), **Bürgerl.-A.** 4708 (5), Sporleder 3217 (4), Arb. d. Mitte 1855 (2).

Kreis Sangerhausen

KPD. 5430 (6 Sitze), SPD. 7712 (8), **Wirtsch.-Liste** 13 217 (13).

Kreis Bitterfeld

KPD. 11 248 (9 Sitze), SPD. 7800 (6), **Demokr.** 2665 (2), Ztr. 1124 (1), Ordnungsblock 13 943 (11).

Kreis Delitzsch

KPD. 8239 (8 Sitze), SPD. 6290 (5), Demokr. 1168 (1), Ordnungs-Block 15 011 (12), Wirtsch. Arbeitsl. 3327 (3), Angestellte und Beamte 739 (1).

Kreis Eilenburg

KPD. 1694, SPD. 2279, **Demokr.** 242, **Nat.** Ordnungsblock 1575, Wirtsch. Einheitsl. 991, Beamte und Angestellte 225.

Kreis Wittenberg

KPD. 4723, SPD. 3416, Nat. Ordnungsblock 8858, **Mittelstp.** 1106.

Kreis Schweinitz

KPD. 1 Sitz, SPD. 3, Kreiswirtsch.-Liste 4, **Ländl. Mittelstp.** 5, Landliste 9.

Kreis Torgau

KPD. 4942 (6 Sitze), SPD. 2039 (2), Ordnungsblock 8367 (10), Völk. 2621 (3), Wirtsch.-Liste 2942 (3), Liste Hermann 797 (1).

Kreis Liebenwerda

KPD. 5280 (5 Sitze), SPD. 4771 (5), Beamte u. Angestellte 1336 (1), Ordnungsblock 6675 (7), Mittelstp. 2188 (2), **Wirtsch.-Liste** 1506 (1), Ortrand 1601 (1), Hausbesitzer 939 (1).

Linke Kreistagsmehrheiten bestehen demnach in den Kreisen Bitterfeld, Mansfelder Seekreis und Mansfelder Gebirgskreis, Weißenfels, Zeitz und Sangerhausen. In Merseburg besteht gleichstarkes Verhältnis.

Sportabend des Arbeiter-Sportkartells Halle

Das Arbeiter-Sportkartell Halle veranstaltet am Dienstag, dem 8. Dezember, abends 8 Uhr, im großen Saal des „Volkspark" einen

Großen Sportabend.

Fast alle angeschlossenen Vereine haben ihre Mitwirkung zugesagt. Der Arbeiterschaft ist durch den Besuch Gelegenheit geboten, die besten Leistungen auf dem Gebiete des Arbeitersportes kennen zu lernen.

Der Reinertrag ist ausschließlich für die proletarische Weihnachtsfeier der Internationalen Arbeiterhilfe bestimmt. Diese findet am 22. Dezember im „Volkspark" statt und sollen mehrere **hundert gemaßregelte und ausgesteuerte Erwerbslose mit ihren Familienangehörigen unterstützt werden.**

Die proletarische Solidarität erfordert, daß dieser Sportabend einen Massenbesuch aufweist. Eintrittskarten zu 50 Pf. sind im „Volkspark", in der Bezirks- und in der Volksbuchhandlung zu haben.

Nachwort zur Wahl

(Von einem Arbeiterkorrespondenten)

Die Provinziallandtags- und Kreistagswahl ist vorüber. Die Schlacht ist geschlagen. Ich hatte Gelegenheit, im Wahllokal „Schweizerhaus", 67. Bezirk, zu beobachten, wie die Arbeit am Wahltisch vonstatten ging. Die Herren Wahlvorsteher sowie Beisitzer schienen sich des Ernstes der Arbeit gar nicht bewußt zu sein, es war mehr ein gemütliches Beisammensein der Deutschnationalen oder des Ordnungsblockes. Einige der Herren Beisitzer zeigten, als die Arbeit flau ging, ihr musikalisches Talent. Ich wollte abwarten, wie weit der Spaß noch gehen sollte, da legte sich einer der Herren ins Zeug und verbat sich das Musizieren. Zeuge war auch der diesttuende Schupobeamte. Als am Abend einige Genossen von uns von ihrem guten Recht Gebrauch machten, um der Auszählung beizuwohnen, taute einer der deutschnationalen Herrn, derselbst nicht amtlich war und doch an der Zählung teilnahm, ganz gehörig auf gegen unsere Anwesenheit in der Nähe des Tisches. Wir ließen uns das natürlich nicht gefallen und wußten unsere Rechte zu wahren. Wie ernst die Herren es mit dieser Arbeit genommen hatten, zeigte der Schluß der Zählung, daß die abgegebenen Stimmen mit der Kartothek nicht übereinstimmten. Als ich das Wahllokal verließ, fehlte immer noch ein Wähler trotz alles Suchens in der Kartothek.

Umsatzsteuerbefreiung für die Kapitalisten — nicht für die Arbeitergenossenschaften

Wie in Nr. 11 des **„Magazin der Wirtschaft"** mitgeteilt wird, hat die Luther-Regierung den Salzerzeugern die Umsatzsteuer für alle **Verkäufe an das Salzsyndikat** erlassen. Für das Kohlensyndikat hat die Luther-Regierung ähnliches geplant.

Der **„Vorwärts"** ist der Auffassung, die Regierung stelle sich auf den Standpunkt, daß bei den Unternehmerverbänden, in denen die Einzelunternehmungen ihre Verkaufsorganisation an den Verband übertragen haben, die Umsatzsteuer eine unsinnige Doppelbesteuerung wird, wenn man nicht nur den Umsatz der zentralen Verkaufsorganisation mit einer Steuer belastet, sondern auch noch den des Einzelunternehmens mit dem Syndikat. Der „Vorwärts" begrüßt es deshalb, daß die Luther-Regierung sich auf den Standpunkt stelle, die unsinnige Doppelbesteuerung zu beseitigen.

Jeder Arbeiter weiß, **daß auch in den Arbeitergenossenschaften eine Doppelbesteuerung des Umsatzes erfolgt.** Die Luther-Regierung hat bisher nicht daran gedacht, die Arbeitergenossenschaften in derselben Weise zu behandeln, wie das Salz- und Kohlensyndikat. Die Sozialdemokratie verlangt jetzt die Beseitigung der **Doppelbesteuerung** bei den Arbeiterkonsumvereinen. **Wir Kommunisten verlangen nicht nur die Beseitigung der Doppelbesteuerung, sondern die völlige Befreiung der Arbeiter- und Kleinbauerngenossenschaften von der Umsatzsteuer, Gewerbesteuer und jeder anderen Belastung.**

Die Sozialdemokratie hat im Reichstag verschiedentlich die Anträge der Kommunisten auf Steuerbefreiung der Arbeitergenossenschaften abgelehnt. Sozialdemokratische Minister haben selber die Steuern erhöht, und zwar auch für die Arbeitergenossenschaften. Die Genossenschaftsbureaukratie hat jahrelang in dem Umsatzsteuerkampf den Kopf in den Sand gesteckt und passiv beiseite gestanden. Nur so war es möglich, daß die Arbeiterkonsumvereine heute immer noch die Steuern zahlen müssen.

Jetzt, da die Luther-Regierung den einzelnen Kapitalisten die Umsatzsteuer zum Teil erläßt, muß die Arbeiterschaft erneut die Forderung aufstellen und mit allen Mitteln für ihre Durchsetzung kämpfen, um die Arbeiter- und Kleinbauerngenossenschaften vollständig von der Umsatzsteuer, **Gewerbesteuer und jeder anderen** Belastung zu befreien.

* **Verloren** hat am Dienstag ein Arbeiter aus Dölau auf dem Wege von Halle nach Nietleben einige Papiere (Mitgliedsbuch vom Verbande der ausgeschl. Bauarbeiter, Rote-Frontkämpfer-Karte und ein Gewerbeschein). Der Finder wird gebeten, die Papiere im Bureau des Verbandes der ausgeschl. Bauarbeiter in Halle, Lerchenfeldstraße 14, abzugeben.

Ammendorf

Proletarischer Filmabend. Am Freitag, dem 4. Dezember, findet in Radewell, Gasthof Krüger, abends 8 Uhr, ein proletarischer Filmabend (Mopr) statt. Die Arbeiterschaft von Ammendorf muß diesen Abend rege besuchen, da der Film veranstaltet wird von der Roten Hilfe, Ortsgruppe Ammendorf, zu Gunsten der im Kerker schmachtenden Genossen und ihren Hinterbliebenen.

Wettin

„Klassenkampf"-Leser! Wir haben festgestellt, daß einige Abonnenten den längst fälligen Betrag noch nicht an die Träger entrichtet haben. Wir ersuchen, dies umgehend zu tun, damit eine Weiterbelieferung erfolgen kann. **Der Verlag.**

Aus der Jugendbewegung

Kommunistischer Jugendverband, Ortsgruppe Halle

Heute abend 8 Uhr in der Jugendherberge, Weingärten, **Musikübungsstunde.** Alle Musikspieler müssen erscheinen.

Freitag beteiligen sich alle Genossen am Gewerkschaftstag der **Partei.** Es ist unbedingt notwendig, daß jeder Genosse in seiner Industriegruppe erscheint. Alle übrigen Genossen beteiligen sich an der Veranstaltung der Naturfreunde im „Volkspark".

*

„Jung-Spartakus-Bund", Ortsgruppe Halle

Sonnabend, den 5. Dezember, nachmittags 5 Uhr, Treffen aller derjenigen, die bei der Weihnachtsfeier der Roten Hilfe mitwirken, zum zweiten **Leseabend.** Alle Pioniere haben zu erscheinen, widrigenfalls Entziehung der Rolle.

Arbeiter-Sport

An alle Vereine des Arbeiter-Turn- und Sportbundes!

Den Vereinen zur Nachricht, daß jedes Spiel, bei welchem die Arbeiter-Samariter-Kolonne Dienst versieht, mit 1,50 Mark zu entschädigen ist. Bei mehreren Spielen je nach Vereinbarung. **Der Vorstand der Arbeiter-Samariter-Kolonne Halle.**

HFC. Minerva 09. Am Sonntag, den 6. Dezember, spielt die 1. Mannschaft gegen Teutonia 1. Treffpunkt ½2 Uhr Weinrich. Aufstellung: Weinrich, Reichardt, Böhme, Lankowsky, Schmidt, Koitsch, Stutzer, Hinze, Teutloff, Wagner, Stolze. 2. Mannschaft spielt in Passendorf. Treffpunkt ¾1 Uhr Hettstedter Bahnhof. Aufstellung: Jakob, W. Reichardt, Kunert, Thieme, Sandring, Wilhelm, Moritz Putzmann, Jänicke, Werner, Albrecht, Heinrich. 1. Jugend ½2 Uhr Sportlustplatz, 2. Jugend ¼1 Uhr Sportlustplatz, 3. Mannschaft spielt nicht. Viktoria und dem Schiedsrichter zur Kenntnis.

HFC. Sportlust 07. 1. Mannschaft fährt nach Döbeln, um gegen den dortigen Bezirksmeister ein Freundschaftsspiel auszutragen. Treffpunkt 7.15 Uhr, Abfahrt 7.48 Uhr. 2. Mannschaft spielt auf eigenem Platze ¼3 Uhr gegen Diemitz. Vorher spielen 1. und 2. Jugend gegen Minerva 1. und 2. Jugend. 1. Jugend spielt ½2 Uhr und 2. Jugend ¼1 Uhr. Die Damen spielen um 11 Uhr gegen Minerva Damen (Sportpl.). Die Handballer treffen sich ½1 Uhr am Hettstedter Bahnhof, um das fällige Serienspiel gegen Nietleben auszutragen. Die Sitzung der Handballer am Donnerstag bei Thomas fällt aus, dafür treffen sich sämtliche aktiven und passiven Mitglieder Sonnabend bei Thomas zur wichtigen Versammlung.

Nietlebener Fußballklub Askania. Askania 1. — Trotha 1. um ½3 Uhr in Trotha. Askania 2. — Trotha 2. um 1 Uhr in Trotha, Askania Jugend 1. — Trotha Jugend um 11 Uhr in Trotha. Sonnabend, den 5. Dezember, Versammlung.

VfV. Trotha. Freitag, den 4. Dezember, abends 8 Uhr, Versammlung. Erscheinen eines jeden Mitgliedes ist Pflicht. Sonntag, den 6. Dezember, finden auf dem Trotha-Platz folgende Spiele statt: Trotha 1., 2. und Jugend gegen Askania Nietleben 1., 2. und Jugend. Unser Umkleidelokal befindet sich von jetzt an im Restaurant „Zur Erholung", Ecke Morl- und Trothaer Straße.

Handball. 1. Herren — Othello 1. Minerva-Platz um 11 Uhr: Dominiack, Perl, Schmidt, Hädicke, Teller, Krauße, Grube, Geier, Störmer, Heinrich, Breternitz. 1. Sportlerinnen — Sportlust 1. um 11 Uhr Sportlustplatz. Treffpunkt ½10 Uhr Ecke Pfännerhöhe. Aufstellung: Stutzer, Basch, Breternitz, Perl, Wießner, Tietze, Bandermann, Thieme, Werner, A. Rudolph, E. Rudolph, Hitschke.

Freier Wassersportverein e. V. (Handball). Sonntag, den 6. Dezember, spielt die 1. — Ammendorf 1. um 3 Uhr in Wörmlitz in folgender Aufstellung: Oertel, Meinhardt, Römer, Motiseck, Rud. Hennig, Riedel, Basch, Diedering, May, Rich. Hennig, Schmoll; Ersatz: Will, Otto 1. Die 2. — Adler 2. um 11 Uhr in Wörmlitz in folgender Aufstellung: Schiller, Becker, Schübel, Sänger, Kukus, Jänicke, Will Otto 2, Will, Otto, Will, Rud., Schmidt, Frosch; Ersatz: Weiße, Hellwig. — Die Schülermannschaft trifft sich Sonnabend 4 Uhr bei Grote, Ludwigstraße, zur Sitzung. Sportgenosse Jänicke pfeift das Spiel ASC. 1. — Achilles 1. um 3 Uhr Peißnitz. Anfang 8 Uhr. Allseitiges Erscheinen erwünscht.

Verantwortlich: Max Lademann, Eisleben, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: J. V.: Wilh. Barnack Halle. Lerchenfeldstr. 14.

Fahrrad-Mäntel, -schläuche billigst Gummi-Bieder, Große Steinstr

Helden an Rhein und Ruhr

Momentbilder und Bruchstücke aus dem Leben und den Kämpfen der Ruhrarbeiterschaft im Jahre 1923

20|

Von Peter Potter

Endlich hielt das Auto. Es fing leicht zu regnen an. Wir marschierten in der Mitte, rechts und links eskortierten uns unsere beiden Hüter. Der Weg über die Grenze des besetzten Gebietes, der eingeschlagen wurde, wie wir jetzt sahen, führte zeitweilig durch dichten Wald. Eintönig rauschte der Regen herab, auf der ganzen Strecke begegnete uns kein Mensch. Die Papiere und sonstigen Utensilien hatte man uns nicht zurückgegeben. Sie staken zu Bündeln verpackt, neben dem Griff des famosen Polizeirevolvers in den Brusttaschen unserer Zerberusse. Wir begnügten uns also, da ein Fluchtversuch vergeblich und durch die Fesseln für die beiden nur ein gesundenes Fressen gewesen wäre, damit, freundliche Unterhaltungen zu pflegen und dabei mit einem Auge auf die Revolvergriffe zu schielen, um etwaigen eintretenden Möglichkeiten durch einen gut gezielten Magentritt zuvorkommen zu können.

Nach einstündigem Marsch wurde jedoch ohne Zwischenfall eine Wirtschaft erreicht, die scheinbar den Kreuzungspunkt des polizeilichen Verkehrs über die Grenze während der Besetzung bildete. Hier mußten wir warten, bis ein neuer Schub mit dem Rest der Genossen eintraf.

Zwei Stunden wurde Rast gehalten. Da wir stark verhungert waren, ließ man uns beim Wirt auf unsere Kosten einen Imbiß bestellen. Während wir aßen, füllte sich unsere ehrenwerte Begleitmannschaft mit Schnäpsen voll und wurde immer leutseliger. Der Zweck dieser Uebung sollte uns, und zumal mir, erst später klar werden.

Einige der Kriminalpolizisten, es waren jetzt im ganzen sechs, begannen auf einmal ihr soziales Herz zu entdecken. Es war kaum glaublich anzusehen und noch mehr zu hören.

Dann begann der Weitermarsch. Unterwegs gesellte sich einer von dieser Sorte, der sich zudem noch als „Sittenpolizist", der sonst „Gott sei Dank" mit „diesen Dingen" nichts zu tun habe, ausgab, zu uns beiden. „Wissen Sie," fing er an, „auch ich lebe ganz hundsmiserabel. Ein Zimmer mit Frau und Kind! Niemand kann den Arbeitern so nachfühlen, daß sie rebellieren, wie gerade ich! Ich stand am Dienstag mitten unter der Menge vor der Steinwache. Sie waren doch auch dabei?"

Ich glaube, daß ich gedankenlos genickt habe . . .

So ging es noch eine Stunde lang weiter. Allerlei soziale Probleme Löhne, Arbeitszeit, die einzelnen Unruhen usw. wurden angeschnitten. Ich erinnere mich deutlich, daß wir alle sehr vorsichtig antworteten, teilweise ganz schwiegen oder versuchten, das Gespräch auf harmlose Themen zu lenken.

Die Quittung für das Reden überhaupt wurde uns bald deutlich genug ausgestellt.

An einer Unterführung empfing uns der erste grüne Schutzpolizist. Kampfbereit schwenkte er in der Hand einen spiralenförmigen Totschläger. Es war ein besonderer Genuß, das „humane" Gebaren dieses Hüters des „Nationalen Ordnungsstaates" mit dem „Terror" der „bestialischen" Franzosen im besetzten Gebiet in Vergleich zu ziehen.

Als wir, jetzt unter Bedeckung von Grünen und Kriminalbeamten, die Wachtstube im Bahnhof erreichten, hatte sich schon eine größere Anzahl Schutzpolizisten angesammelt, die deutliches Verlangen bekundeten, über uns herzufallen.

Mit unseren bisherigen Begleitern ging eine seltsame Wandlung vor. Ihre Sprache gegen uns wurde merklich rauher. Brüderliche Grüße wurden mit den Seelenverwandten in Uniform ausgetauscht. Der Polizeileutnant, ein schneidiger, rothaariger junger Mann, kam uns entgegen.

„Treudeutsch zum Gruß, Herr Leutnant! Mit Kommunistenführern von drüben gekommen", meldete mein „Sittenpolizist" militärisch und schlug dabei die Hacken zusammen, daß es dröhnte.

Der Offizier musterte uns mit einem angenehmen Blick. „Sind das die Schweine von Gelsenkirchen?"

Stimmen unter den Umstehenden wurden laut: „Na, wartet nur, wenn wir erst hinkommen! An die Wand kommt Ihr, wie 1920!"

Unter solchen und ähnlichen Akkorden wurden wir auf eine Bank geschoben, die in der Mitte des Raumes stand. Im Nebenzimmer war indessen heftige Beratung.

Endlich ging die Tür auf und ein neuer Mann erschien. Er hatte einen neuen Konfektionsanzug an und ein vor der Brust aufgeschlagenes Hemd, wodurch er jedenfalls einen Kumpel markieren wollte. Das gelang ihm aber schlecht, jeder Arbeitsmann hätte ihn in dieser Tracht für das gehalten, was er war. Ehemaliger Offizier und jetziger Beauftragter des Kommissars für Ruhe und Ordnung, Herrn Weismann.

„Wo ist der Mann aus Dortmund?" rief dieser falsche Kumpel und die Tür schloß sich, nachdem der Kriminal durchgemeldet hatte, wieder hinter den beiden. Später erfuhren wir, daß er der Leiter des Berliner IA-Kontingents im Ruhrgebiet war.

Währenddessen war unser „Sittenpolizist" in einem Verschlag eifrig damit beschäftigt, einem Polizeischreiber flüsternd einen langen Bericht zu diktieren. Nach einer halben Stunde öffnete sich die Tür zum zweiten Male. Ein Offizier mit Schnurrbart à la Doorn rief eine Anzahl Schupobeamter namentlich auf. Er sah sichtlich verärgert aus. „Die Leute kommen nach Hamm!" sagte er dabei.

Kurz bevor der Zug ging, führte man uns in den Verschlag und befahl mir, den Bericht des Militärschreibers zu unterschreiben.

Ich las das Schriftstück durch. Es war eine Schilderung meines liebenswürdigen Transporteurs, die, von zwei weiteren Beamten unterschrieben, erklärte, ich sei einer der Leiter beim Sturm auf die Polizeiwache gewesen, hätte geredet, sei dann in den vordersten Reihen gestanden und ähnliche Kombinationen mehr. Genau so ging es einem anderen meiner Kameraden.

Ich weigerte mich natürlich, das Protokoll zu unterschreiben, und es wurde darauf eine diesbezügliche Erklärung hinzugesetzt. Trotzdem ist dieses Machwerk als einziges Hauptbeweisstück später die Begründung zu einer vermonatigen Haft in einem Zuchthaus der Republik geworden.

Als wir abtransportiert wurden, hatte ich noch Gelegenheit, zu hören, wie sich unsere menschenfreundlichen Kriminalhäscher von ihren Vorgesetzten verabschiedeten.

„Wie geht es X.?" fragte der Leutnant.

„Er schlägt sich gut drüben, Herr Leutnant, genau wie unsere andern Leute. Wir werden die Schweine (gemeint waren die streikenden Arbeiter) schon klein kriegen! Also, treudeutsch, Herr Leutnant, andere Luft weht hier, als wir auf deutschen Boden kamen. Da hätte man das „Deutschlandlied" singen mögen." Diese paar Worte, die dem Schreiber dieser Zeilen genau im Gedächtnis geblieben sind, mögen die „Geistes"verfassung der Polizei, Militärs und Zivilfaschisten kennzeichnen, die damals von der Republik, gegen ihre einzigen Schützer, die Arbeiter, losgelassen wurden. Und das in einem Moment, in dem die Kapitalisten deutscher und französischer Couleur bereits in Paris über den Verteilungsmodus des Fells der deutschen Arbeiterklasse verhandelten und diese Arbeiter die einzigen waren, die wirklich national dachten, soweit in diesem bürgerlich kapitalistischen Staate der Begriff national überhaupt noch eine Berechtigung hat.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251203-14/fragment/page=0007

SPD.-Bergemann diktiert die 56-Stunden-Woche

Solingen. Im Kampf um die Arbeitszeit in der Solinger Metallindustrie wurde für den unteren Kreis Solingen ein Schiedsspruch gefällt, **der die Arbeitszeit auf 56 Stunden festsetzt, ja für die Schwerindustrie sogar die 59-Stunden-Woche beibehält** und nur für wenige Arbeiterkategorien unbedeutende Lohnaufbesserungen bis zu 5 % vorsieht.

Bemerkenswert ist **die schäbige Kampfesweise der lokalen SPD.-Presse**, die dem DMV. Solingen, der unter kommunistischer Leitung steht, in den Rücken fällt mit der Behauptung, der schlechte Schiedsspruch sei auf die Unfähigkeit der kommunistischen Ortsverwaltung zurückzuführen. **Für die Schiedssprüche sind aber die SPD.-Helden Schlichter Mehlich und Regierungspräsident Bergemann verantwortlich.**

Eine Mitgliederversammlung des DMV. Solingen verurteilte einstimmig die Schreibweise des Blattes und billigte das Vorgehen der Ortsverwaltung.

Kohlenstreik in Belgien

(Eig. Drahtm.) **Brüssel**, 2. Dezember.

Im zentral-belgischen Kohlenbecken sind 2500 Bergarbeiter wegen Lohnforderungen in den Streik getreten. Die Zecheneingänge wurden von starken Polizeitruppen besetzt gehalten.

Neues aus aller Welt

Fünf Tote bei einem Eisenbahnunglück

Auf der schmalspurigen Strecke der Schlesischen Landesbahnen, zwischen Karwin und Deutsch-Leuten, ereignete sich ein schweres Unglück. An einer Stelle, wo die Strecke eine scharfe Kurve macht, entgleiste ein Motorwagen und überstürzte sich. Hierbei wurden fünf Personen, darunter der Zugführer und der Schaffner, getötet, ferner wurden zwei Personen schwer und sechs leicht verletzt. Im Zuge befanden sich größtenteils Arbeiter, die zur Arbeit nach Oderberg fuhren.

Schachturnier in Moskau

Gegenwärtig findet auf Einladung der Sowjet-Regierung in Moskau ein Schachturnier statt, an dem die bedeutendsten Schachspieler der Welt beteiligt sind. Der bisherige Weltmeister Lasker steht im Begriff, seine Weltmeisterschaft an Bogoljubow zu verlieren, denn letzterer ist Lasker bereits zwei Runden voraus. Der Turnierstand nach der am 2. Dezember gespielten 16. Runde ist: Bogoljubow 12½, Lasker 10½, Capablanca, Torre 9½, Marshall, Romanowski 9, Réti 8½, Gründfeld, Tartakower 8, Bogatirtschuk 7½ (und eine Hängepartie), Rubinstein, Werlinski 7½, Genewski 7 (und eine Hänge-Partie), Rabinowitsch 7, Spielmann 6½, Chotimirski, Löwenfisch 5½, Gotthilf, Sämisch 5, Yates 4½ (und zwei Hängepartien), Subareff 4.

Breitensträter geschlagen

In dem Kampfe der Schwergewichtsmeister von Spanien und Deutschland, Paolina gegen Breitensträter, wurde der deutsche Meister in der zweiten Runde durch k. o. geschlagen. Bereits in der ersten Runde wurde Breitensträter an dem linken Schulterblatt und im weiteren Verlauf der Runde am rechten Auge ziemlich erheblich verletzt. Diese Augenverletzung störte ihn während der weiteren Runden sehr beträchtlich. Bis zur siebenten Runde war der Kampf ziemlich ausgeglichen. Am Anfang der siebenten Runde mußte Breitensträter das erste Mal zu Boden und gleich darauf nochmals. Von da ab machte sich eine starke Ueberlegenheit des Spaniers bemerkbar. Breitensträter hatte nicht mehr die Kraft, die wütenden Angriffe des Spaniers abzuwehren. Zu Beginn der neunten Runde fehlte dem deutschen Meister die Widerstandskraft gegen den physisch überlegenen Spanier. Breitensträter wurde im Verlauf der Runde ausgespielt.

Wer ist billiger?

Diese Frage werden die Kunden, die bei mir gekauft haben, beantworten können. Es wäre meinem Fabrikanten, den ich vertrete, doch ein Leichtes, jede Konkurrenz im Preise zu unterbieten und dementsprechend die Ware herzustellen. Er bleibt aber seinem Prinzip treu und liefert für Ihr gutes Geld eine anständige Ware. Der riesige Zuspruch beweist, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Jede neue Sendung, die bisher eintraf, war in kurzer Zeit vergriffen. Gestern traf wieder ein ganzer Lastautozug ein und ich empfehle Ihnen, einen unverbindlichen Besuch bei mir zu machen. Angenehme Zahlungsbedingungen werden gewährt. Bei Barzahlung vergüte ich bis auf weiteres, trotz der niedrigen Preise **10 % Kassen-Rabatt**

1 Holzbettstelle, 1 Stahlmatratze, 1 Auflegematratze zusammen **48.— M**
bei 10 Mk. Anzahlung und 5 Mk. wöchentl. Abzahlung

1 Metallbett, 1 Auflegematratze, 3-teilig zus. **48,— M**
bei 10 Mk. Anzahlung und 5 Mk. wöchentl. Teilzahlung

Holzbettstellen in Eiche, Birke, Nußbaum gestr. v. 27 M.an
Metallbetten, Ia weißlackiert . . . . . . v. 37 M.an
Kinderbetten in Holz und Metall . . . . v. 30 M.an
Stahldrahtmatratzen } jed. gewünscht Maß v. 11 M.an
Auflegematratzen v. 13 M.an
Chaiselongues . . . . v. 40 M.an

Kleider- und Wäscheschränke, Küchen, Kompl. Schlafzimmer, Puppenwagen in jeder Preislage. Alles gegen geringe Anzahlung und bequeme Teilzahlung 4010

Vertreter: Bernhard Schormann
Fabrikniederlage: Halle (S.), Leipziger Str. 18

Kaufen Sie auf bequeme
TEILZAHLUNG
Herren-Bekleidung
Damen-Bekleidung
Leib- und Bettwäsche // Möbel // Bilder // Korbmöbel
Kleine Anzahlung ☆ Leichte Ratenzahlung
Neu angekommen: Pelzkragen

Karl Klingler
11 Leipziger Straße **11** Erste Etage
Kein Laden Eingang Sandberg
Vertr. für Merseburg u. Umg.: Hugo Dies, Merseburg, Annenstr. 14
Sonntags geöffnet von 12 bis 6 Uhr

Arbeiter-Gesangverein „Vorwärts“
Kretzschau
Mitgl. d. Deutsch. Arb.-Sänger-Bundes
Leitung: Herr Max Köhler, Zeitz
Sonntag, den 6. Dezember 1925,
im Gasthof **Töpel, Kretzschau**
Herbst-Konzert
Unter Mitwirkung
des Brudervereins „Echo“, Haynsburg, des Baritonsolisten Ferdinand Schulze, Zeitz und des Städt. Orchesters, Zeitz
Anfang 7½ Uhr
Alle Freunde u. Gönner des Gesanges sind hiermit höflichst eingeladen
Der Vorstand

Auf „Möve“ rund um die Erde in 7½ Monaten
Das bekannte Weltrad ist von heute mit photographischen Aufnahmen aus allen Weltteilen im Schaufenster des Vertreters der „Möve“-Fahrräder ausgestellt 1970
Max Schneider
Merseburg, Schmale Straße 19

Ich bringe mein **Kolonialwaren-Geschäft** in empfehlende Erinnerung
Ferner empfehle ich: **div. Liköre, Zigarr., Zigarett., Konserven**
Josef Büatas, Zeitz
Langestraße 15 *4136 Langestraße 15

Zuverlässiger
Zeitungsträger
für **Lösau** gesucht. Meldungen beim Genossen **Gustav Degen, Lösau**

Möbliertes Zimmer
im Süden oder Zentrum der Stadt **sofort gesucht.** Offerten unter **H. V. K.** an den Verlag des „Klassenkampf“

Auf Kredit von **1 Mark!** wöchentlicher Teilzahlung an fertige elegante **Herren-, Damen- u. Kinder-Garderobe**
Manufaktur-Waren, Kleiderstoffe, Lein.- u. Baumwollwaren, Leib- u. Bettwäsche, Gardinen, Schuhwaren, fert. Federbetten, Möbel, Spiegel, Polsterwaren, Bilder
Carl Rasemann
Alte Promenade 35 I. (an d. Hauptpost)
Kredit auch nach auswärts

Kochs Künstlerspiele
„Bunte Bühne“ Jägergasse 1
Die Unterhaltg. über das große
Dezember-Programm
bildet überall das **Tagesgespräch**
Ermäßigte Eintrittspreise
Anfang 8¼ Uhr

Mappen Ia. Leder sehr preiswert
Hugo Krasemann Nur Schmeerstr.
Lederwaren-Haus

Lebensmittel
preiswert und gut
E. Sorg
Hermannstraße 7
gegenüber d. Schule

Pfeifen
in bekannter Qualität und größter Auswahl bei 335
Johannes C. Müller
Obere Leipziger Straße 75

Jeden Freitag **Schlachtefest**
Von 9 Uhr an. 316
Wellfleisch m. Sauerkraut
B. Kühlewind, Schwetschkestr. 28

Hausfrauen! 4138
Bei Einkauf von 1 ℔ Moit Eigenart 2 M
¼ ℔ Moit Eigenart **gratis!**
Jeden Freitag **Schlachtefest**
Früh 8 Uhr. Wellfleisch m. Sauerkohl
A. Fox, Glauchaerstraße 59

Konsum- u. Produktiv-Verein zu Zeitz e. G. m. b. H.
Zur Weihnachtsbäckerei empfehlen wir:
Pa. Auszugmehl (Weizenmehl 000) *3996
Zucker, gemahlen
Ia. Schmelzmargarine
Margarine, gesalzen
Schmalz — Kokosfett GEG.
Mandeln, süß und bitter
Mandelersatz
Sultaninen — Rosinen
Korinthen — Zitronat
Safran — Vanillinzucker
Mitglieder, deckt Euren Bedarf im eigenen Geschäft!

Leder
zu bekannt billigen Preisen 314
Sommer & Kurzhals
Albrechtstr 46, Ecke Geiststraße.

Modezeitungen empfehlen die Volksbuchhandlung

durch das GEG „FAMOS“!
Zu haben in allen Konsumvereinen

Petroleum ermäßigt **32 Pf.**

Die gute **6 Pf. Zigarre** bekommt man bei 211
Hugo Thomas
Zigarrenfabrik **Merseburg**
Delarube 5

Prima fettes **Ziegenfleisch**
Pfd. 50 bis 80 Pf.
W. Bornstein
Unterberg 17

Prima **Mast-Fohlenfleisch ff. Schmer** und alles andere
Tägl.: Warme Wurst
Max Frommelt
1971 Zeitz
Parzellenstr. 15

Kleine Anzeigen haben im Klassenkampf **Große Wirkung!**

Jede Drucksache
die im Geschäfts- wie Privatverkehr benötigt wird, liefert die Buch- und Kunstdruckerei Produktiv-Genossenschaft Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14. Es
ist
das Prinzip der Firma, schnellstens geschmackvoll und preiswert zu bedienen. Die Druckerzeugnisse erbringen den besten Beweis, daß
immer noch
der Geschäftswelt wie den Vereinen die Veranstaltungen arrangieren, durch eine wirkungsvolle Drucksache ein Erfolg unbedingt sicher ist. Sie sind und bleiben daher noch immer
das beste Werbungsmittel

Volkspark
Kräftiger Mittagstisch à 75 Pf. 349

Der verwöhnte Raucher erhält eine preiswerte **Zigarre** in der Zigarrenbörse nur Steinweg 54

Achtung! Diese Woche junges, selten fettes **Mastfleisch**
Fohlenfleisch
Schmer, Rouladen, Fett, Mettwurst, Zervelatwurst, und ff. Warme empfiehlt 1972
Dix Nachf., Zeitz, Scharrenstr.

Spendet für die „Rote Hilfe“!

Sie haben gut gewählt wenn Sie ihre Einkäufe bei uns vornehmen!
1975 Aus der Fülle des Gebotenen:

Männer-Barchenthemd. . . . . Stück	2^{85}	**Pantoffeln** in groß. Ausw. . . . . Paar von	95 ₰ an
Herren-Futterhosen . . . . Stück 3,50	2^{50}	**Kamelh.-Kragenschuhe** . . . . Paar 3,75	3^{25}
Herren-Normalhemden . . . . Stück 2,50	1^{95}	**Damen-Filzsocken**, Filz- u. Ledersohle, verd. Naht . .	4^{50}
Herren-Normalhosen . . . . Stück	2^{50}	**Herren-Kamelh.-Niedertreter** . . . . . . Paar	3^{50}
Bettzeuge u. Bettkattun prima Qualität . . Meter	98 ₰	**Söckchen**, Größe 18 bis 24 . . . . . Paar 1,95 1,75	1^{45}
Weiße Taschentücher . . . . 6 Stück	95 ₰	**Ledergamaschen**, gute Qualität . . . . . Paar	7^{95}
Wischtücher . . . . 3 Stück	95 ₰	**Herren-Hüte**, mod. Formen 4,75 3,75	2^{95}
		Herr.-Wintermützen 2,50	1,75

Ferner große Auswahl in **Kleiderstoffen, Hemdentuche, Inletts, Damaste, Handtücher, Tischtücher, Umschlagetücher, Kopftücher, Bettücher, Bettdecken, Handschuhe, Jagdwesten, Arbeitshosen, Hosenträger, Strickwolle, Strümpfe** usw. zu außergew. billig. Preisen

M. Burak, Eisleben, Saugerhäuser Straße 1
Nur Ueberzeugung macht wahr:

Bekanntmachung

Zustellung der Steuerkarten für 1926

Wir lassen in diesem Jahre die Steuerkarten durch Boten den Arbeitnehmern zustellen. Voraussichtlich am 20. d. M. wird die Zustellung beendet sein, wer bis dahin nicht im Besitze einer Steuerkarte ist, wolle die Ausstellung im Steueramt, Rathaus, Ritterstraße 4, Zimmer Nr. 1, beantragen. *4149

Delitzsch, den 1. Dezember 1925

Der Magistrat

Bekanntmachung

Betrifft: Polizeiverordnung über das Meldewesen

Von dem Herrn Regierungspräsidenten ist unter dem 27. März 1923 eine Polizeiverordnung über den oben bezeichneten Zweck erlassen worden. Hiernach hat bei Aufgabe des Wohnsitzes bezw. bei dem Zuzuge die An- oder Abmeldung innerhalb drei Tagen bei der Gemeindebehörde (Einwohnermeldeamt) unter Abgabe eines An- bezw. Abmeldescheines in dreifacher Ausfertigung zu erfolgen.

Gleichzeitig zu melden ist ein innerhalb des Ortes erfolgter Wohnungswechsel und zwar gleichfalls innerhalb einer Frist von drei Tagen.

Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften der Polizeiverordnung werden mit Geldstrafe bis zu 600 Mk. an deren Stelle im Unvermögensfalle verhältnismäßige Haft tritt, bestraft.

Im übrigen ist der genaue Wortlaut der Ordnung jetzt durch Anschlag an den Tafeln bekanntgegeben und in den Warteräumen des Gemeindeamts dauernd zum Aushang gebracht.

Piesteritz, den 28. Novbr. 1925

Der Gemeindevorsteher
Kunz *4131

Bekanntmachungen

Die Bedingungen für den Aufbau des diesjährigen Weihnachtsmarktes sind neben der Veröffentlichung in den Hallischen Nachrichten, am schwarzen Brett, im alten Rathause zum Aushang gebracht worden.

Halle, den 30. November 1925

4140 **Die städtische Polizeiverwaltung**

Die Genehmigung zur Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften in Industrie, Gewerbe und Hauswirtschaft im Jahre 1926 ist bis zum 10. Dezember 1925 von den hallischen Arbeitgebern bei dem unterzeichneten Amt, wo die vorgeschriebenen Antragsvordrucke kostenlos erhältlich sind, zu beantragen. Wer solche Kräfte ohne Genehmigung beschäftigt, macht sich strafbar.

Halle, den 2. Dezember 1925 4142

Der Vorsitzende des Arbeits- und Berufsamtes

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251203-14/fragment/page=0008